Preis 100 Mark

Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 2000,—, unter Streifband monatlich M. 2700,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I n. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I. Fernruf 20647. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vormittags.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Hansabank e. G. m. b. H., München, Herzogspitalstraße 12.

Streifbandbezugsgebühr für Februar im Ausland: Österreich Kr. [illegible], Ungarn Kr. 400,-, Tschechoslowakei Kc. 6,-, England u. bisherige deutsche Kolonien [illegible] sh, Jugoslawien 17 Dinar, [illegible] Holland ⅛ f., Verein. Staaten ⅛ Dollar, Schweiz u. die übrigen [illegible] Weltpostverein angeschl. Staaten 1 Schw. Franken.

Ausgabe 12 — München (Freitag), den 9. Februar 1923 — 37. Jahrgang

Archiv … u. Publizistik München

Tagesspiegel

- Die Zinsknechtschaft Englands an Amerika.
- Durchpeitschung von Deutschen durch Franzosen.
- 10 000 französische Eisenbahner für das Ruhrgebiet.
- Neue Ausweisungen Deutscher.
- Proteste aus Schweden und Holland.
- Drohende Wolken auf dem Balkan. — Drohungen der Türken.
- Einstellung lothringischer Hochöfen.
- Russisch-polnische Konvention.
- Protest der Reichsregierung über den Einbruch in Baden.
- Der Haushaltungsausschuß gegen den — — Wucher…

Die alljüdische Drachensaat

In nächster Zeit findet ein Alljüdischer Weltkongreß statt. Dazu schrieb die „Jüdische Rundschau" am 5. Februar: „Eine gegenseitige Aussprache der Juden, denen an der Zukunft ihres Volkes gelegen ist, ist auf dem jüdischen Weltkongreß unerläßlich, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kongreß in einem späteren Zeitpunkte eine Einigung über wichtige Lebensfragen des jüdischen Volkes auch in der Diaspora zeitigt, wie es die Lebensnotwendigkeit des jüdischen Volkes in Polen jüngst bewerkstelligte." Diese auf einen Weltplan hinweisenden Auslassungen des jüdisch-nationalen Blattes sind angesichts der heutigen Lage doppelt verständlich: An der Ruhr ballen sich weltpolitische Wolken zusammen, die gesprengte Lausanner Konferenz hat neue Probleme zwischen Frankreich und England aufgerollt, die Angoraregierung droht ihrerseits mit selbständigen Handlungen, neue Weltkonferenzen stehen zu erwarten. Alles dieses erfordert selbstverständlich auch für die jüdische Börsenpolitik eine engere Zusammenarbeit und eine neue Zusammenkunft.

Als die Konferenz in Washington stattfand, kam auf der „Aquitania" der Präses der zionistischen Exekutive, Nahum Sokolow, angefahren. Schon auf hoher See wurde er von der Stadtjacht Neuyorks begrüßt, welche die blau-weiße Fahne hißte zum Zeichen, welche Kräfte hinter den offiziellen Organisatoren der sogenannten Abrüstungskonferenz standen. Auf der Konferenz von Genua waren neun Zehntel aller „Sachverständigen" aus allen Staaten Freunde desselben Nahum Sokolow. Deutschland hatte sogar die Ehre, Herrn Walter Rathenau an der Spitze seiner Abordnung zu sehen. Rathenau hatte wenige Monate vorher in Cannes erklärt: Der Weg, auf dem man sich begeben hat, erscheint mir richtig. Ein internationales Syndikat, und zwar ein „Privatsyndikat". Seither ist in dieser Richtung emsig weitergearbeitet worden, und die Erfüllungspolitik des Dr. Wirth hat eifrig mitgeholfen:

In die Hände internationaler Banken und Syndikate flossen Milliarden und aber Milliarden, ohne daß irgendein Volk den geringsten Nutzen davon gehabt hätte. Schließlich kam der Druck, welcher die Ruhraktion entfesselte mit dem Ziele, Deutschland politisch zu vernichten, es um die letzten Reste seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit zu bringen und seine letzten Besitztümer in die Hände der großen Syndikate zu spielen. Schon seit dem Waffenstillstand saß als Spitzel der jüdisch-französischen Börse in Essen Herr Aaron, der jetzige Gehilfe des französischen Unterhändlers de Coste. Dieser Mann hat zweifellos im Laufe der Jahre eine eifrige Spionage betrieben, ungehindert von der sogenannten deutschen Regierung.

Die Hoffnung, daß England heute schon intervenieren werde, ist sicherlich hinfällig, denn auch von englischer Seite sind die Freunde des Herrn Aaron gerade augenblicklich eifrig am Werke. Dr. Weizmann, der Präses der zionistischen Weltorganisation, reist mit dem Colonel Wedgewood in Holland und anderen Staaten herum, um unter dem Mantel für die zionistische Weltanleihe zu werben, den national-jüdischen Weltkongreß vorzubereiten. Dieser Colonel Wedgwood ist Engländer, Vizepräsident der englischen Arbeiterpartei, und diese Tatsachen allein beleuchten mit einem Schlaglicht, unter wessen Führung auch die englischen Arbeiter noch heute stehen. Fügt man hinzu, daß der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, kürzlich in Palästina war und daß während der letzten Wahlen in den Ausschuß der Arbeiterpartei ein Jude gewählt wurde (Shinell), in Jude gewählt wurde (Shinwell). Wir werden also weder die Ruhraktion noch sonst ein anderes weltpolitisches Ereignis richtig deuten können, wenn wir uns nicht fragen, welche Interessen für die Juden als solche und ihre Wucherinstitutionen mitbestimmend in der Aktion sind. Der kommende allhebräische Weltkongreß wird hinter verschlossenen Türen seine endgültige Marschroute in allen Staaten festlegen und alle Völker Europas müßten sich schon jetzt die Frage vorlegen, ob sie gewillt sind, sich für Banken und Börsen gegenseitig die Schädel einzuschlagen oder nicht. Namentlich Deutschland, wo jüdisches Interesse und deutsches Wesen im Todkampf liegen, muß sich zu einem Entweder—Oder entscheiden. Entweder wir fallen angefressen, verfault zusammen infolge der „nationalen Einheitsfront" als Symbol der völkischen Ohnmacht, oder wir raffen uns auf und hören alle auf den Frühlingssturm des deutschen Erwachens, der von München aus über deutsche Gaue weht . . .

400000 Deutsche in Ausweisungsgefahr!

Blutige Unruhen in Recklinghausen und in Essen — Sanktionsandrohungen gegen Cuno

London, 8. Febr. „Daily Chronicle" betont, daß in den vier Wochen, seit denen die Franzosen das Ruhrgebiet bereits in Händen halten, Frankreich und Belgien so gut wie keine Kohle erhalten haben und daß die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, riesig vermindert worden sei. Die französische Politik zerstöre vorsätzlich britische ebenso wie französische Werte. Die französische Regierung scheine augenblicklich in Stimmung zu sein, eine Gewalttat auf die andere zu häufen. Die Ausweisungen dauerten unvermindert fort. Jetzt sei ernstlich von einer Ausweisung aller Eisenbahner mit ihren Familien, an Zahl 3—400 000 Personen, die Rede. **Dies grenze bereits an Wahnsinn.**

*

Diese Ungeheuerlichkeit ist die notwendige Folge der Predigt von der internationalen Solidarität. Lächelnd sitzt der Halbjude und Marxist Millerand auf dem französischen Präsidentensessel; lächelnd ließ der Munitionsminister und Marxist Kanonen gießen. Unsere Solidaritätsbrüder aber belogen das Volk von oben bis unten. Heute mehr denn je. Wenn jetzt Tausende von Deutschen aller Stände von Franzosen gepeitscht, von Haus und Hof gejagt werden, so sollen sie nie vergessen, wer sie so ohnmächtig machte: die Novemberverbrecher!

Eine Warnung an Dr. Cuno

Paris, 8. Febr. „Daily Mail" berichtet, daß die französische Regierung den deutschen Reichskanzler Dr. Cuno gewarnt habe, in das Ruhrgebiet zurückzukehren, da er in diesem Falle Strafmaßnahmen zu gewärtigen habe. — Die Franzosen erschießen unterdes lustig deutsche Menschen. Wenn aber in Deutschland einige Franzosen belästigt werden (Königsberg), macht die deutsche Reichsregierung ihre Entschuldigung in Paris. Will man so ein Volk zu ehernem Widerstande zusammenschmieden?

Neue Ausweisungen

Ludwigshafen, 8. Febr. Außer dem Präsidenten der Reichsbahndirektion, Lieberich, wiesen die Franzosen aus: den Amtsvorstand des Bezirksamtes Kirchheimbolanden, Oberregierungsrat Thomas, Regierungsrat Duttweiler vom Bezirksamt Landau, ferner den Bezirksamtmann Hauptmann, sämtliche mit Familien, sowie Fräulein Thoma aus Speyer.

Köln, 8. Febr. **Der „Köln. Zeitung" wird aus Koblenz berichtet: Ausgewiesen sind mit sofortiger Wirkung Ingenieur Nordmann aus Wiesbaden, die Privatleute Cronier und Holl aus Wiesbaden, der Chemiker Dr. Boetsch aus Biebrich, die Privatleute Siemund und Goebel aus Wiesbaden, weil sie das Deutschlandlied gesungen haben. Das Singen wurde als Kundgebung gegen Frankreich aufgefaßt.**

Unruhen in Recklinghausen und Essen

Essen, 8. Febr. **Aus Recklinghausen kommen Meldungen von schweren Unruhen. Da der Telephonverkehr zwischen Essen und Recklinghausen unterbrochen ist, muß man sich auf die von den französischen Stellen ausgegebenen Meldungen verlassen. Sicher ist, daß seit gestern nachmittags, als die Schließung der Geschäfte angeordnet wurde, das Publikum in große Erregung geriet, weil es unmöglich war, Lebensmittel einzukaufen. Heute sind die Franzosen mit gefälltem Bajonett vorgegangen, um Ansammlungen zu zerstreuen. Es wurden Massenverhaftungen vorgenommen.**

Heute vormittags ist es auch in Essen zu Zwischenfällen gekommen. Die Stimmung im Publikum ist sehr erregt, was durch die hohen Preise begreiflich ist. Die Franzosen haben über Nacht Propagandaplakate an allen Straßenecken angeschlagen, die heute morgen von den Deutschen wieder abgerissen wurden.

Das Schicksal nimmt seinen Gang.

Französische Reitpeitschen

Recklinghausen, 8. Febr. Gestern abend 7 Uhr versammelte sich auf dem Marktplatz eine gewaltige Menschenmenge zu einer Demonstration unter dem Gesang patriotischer Lieder. Kurz darauf wurde der Platz durch fünf auffahrende Tanks geräumt. — Abends 9 Uhr drangen französische Offiziere, etwa 25 an der Zahl, in ein friedliches Gasthaus ein, wo sieben Deutsche saßen. Die Franzosen hieben mit Reitpeitschen auf die Bürger ein und jagten sie aus dem Lokal. Die Offiziere hatten damit aber noch nicht genug, sondern drangen nunmehr auch in das Recklinghauser Theater ein, wo ein Gastspiel des Professors Georgi aus Berlin gegeben wurde. Hier stimmten die französischen Rowdies die Marseillaise an und schlugen auch hier mit Reitpeitschen auf das Publikum ein. — Auch dieser Verbrecherwahnsinn ist die Folge des Novemberverbrechens.

Kohlenüberfluß im Ruhrgebiet

Paris, 8. Febr. **Der Korrespondent des „Oeuvre" meldet aus Düsseldorf, daß man in der Nähe von Recklinghausen gezwungen gewesen sei, große Mengen von Kohlen in die Sümpfe zu werfen, da kein Platz mehr vorhanden gewesen sei, um sie anderweitig zu lagern.**

*

Das ist das gepriesene friedfertige Frankreich, der Heros der allein seligmachenden Demokratie, als welches es uns der „Vorwärts" und andere Blätter der Novemberverbrecher ausmalten. Bedankt euch bei ihnen, deutsche Arbeiter, wenn ihr jetzt hungert und friert …

Poincaré soll sich verantworten

Paris, 8. Febr. Der französische Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der gestern zusammentrat, richtete an Poincaré das Verlangen, in einer vom Senat einzuberufenden Sitzung zu erscheinen und dem Ausschuß die gewünschten Erklärungen und Unterlagen zur Beurteilung der politischen Lage zu geben. An der Ausschußdebatte beteiligten sich vor allem Tardieu und Briand. Der Vorsitzende des Ausschusses wurde beauftragt, dem französischen Ministerpräsidenten den Wunsch des Ausschusses zu übermitteln.

Der französische Arbeitsminister unzufrieden

Paris, 8. Febr. Der französische Arbeitsminister Le Trocquer führte in seinen gestrigen Presseerklärungen über die Verkehrsverhältnisse auf dem Wasserweg im Ruhrgebiet aus: Es herrscht eine völlige Desorganisation und selbst eine Zerstörung der Fähren und Schleusen wurde beobachtet. Indessen befänden sich auf dem Rhein und auf dem Rhein-Hernekanal 250000 Tonnen Koks und Kohle. Um diese Mengen zu befördern, müßte man die von den Deutschen verlassenen Schlepper verwenden.

Es wurde folgender Bericht ausgegeben: Im Ruhrgebiet ist die Lage unverändert. Man stößt weiterhin auf einen ernsthaften Widerstand der Beamten. In den Gruben wird die Arbeit fortgesetzt, das Ergebnis ist aber sehr gering. — Der Presse erklärte der Arbeitsminister: Die deutsche Regierung hat die Desorganisation der Transportmittel im besetzten Gebiet in die Wege geleitet und sie hat sogar eine verbrecherische Sabotage organisiert. So sind die Signale umgedreht, die Laternen weggenommen und die Weichen so gestellt worden, daß sie die Züge auf Rangier- oder Nebengeleise bringen. Die Signale sind derartig verstellt worden, daß der Weichensteller, der die Strecke zu sperren glaubt, sie öffnet und umgekehrt. Nur dank der Kaltblütigkeit der französischen Eisenbahner konnten Katastrophen bisher vermieden werden. Die Deutschen wenden dieselben Methoden auch auf die internationalen Züge an. Gestern konnte z. B. die Entgleisung des Schnellzuges Ostende—Basel vermieden werden.

10000 Eisenbahner für das Ruhrgebiet

Paris, 8. Febr. „Daily Mail" berichtet, daß nach einer offiziellen Feststellung in Paris die Franzosen in kurzer Zeit 10 000 Eisenbahnarbeiter aus den alliierten Ländern im Ruhrgebiet zur Verfügung haben würden. Sie würden damit in der Lage sein, die angehäuften Kohlen- und Koksmengen, die eine Million Tonnen betrugen, zur Ausfuhr nach Belgien und Frankreich zu bringen.

Die Franzosen in Offenburg

Offenburg, 8. Febr. Bis zur Stunde ist noch kein Eingriff in die Verpflegung der Bevölkerung durch die französischen Truppen erfolgt, jedoch haben einige Offiziere, denen es in den Offenburger Hotels nicht gefiel, eigenmächtig Privatquartiere bezogen. Der Protest des Oberbürgermeisters wurde von dem kommandierenden französischen Obersten „zur Kenntnis genommen", mit dem Bemerken, daß er dafür sorgen werde, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Es ist beabsichtigt, in den allernächsten Tagen, möglichst schon am kommenden Freitag, zwischen Renchen und Offenburg eine Kraftwagenverbindung einzurichten. Diese Angelegenheit dürfte der „Voss. Ztg." sicher Gelegenheit für einen Artikel über die Ritterlichkeit der Franzosen geben.

Mobilisierung der Eisenbahner

Brakel, 8. Febr. Hier ist eine Kompanie französischer Eisenbahntruppen eingetroffen; über ihre Verwendung ist noch nichts bekannt.

Weitere lothringische Hochöfen gelöscht.

Paris, 8. Febr. „Humanite" teilt mit, daß weitere lothringische Hochöfen ausgelöscht werden müssen. Die Stahlwerke von Hagendingen mußten zwei weitere Hochöfen löschen.

Berliner Brief

Ruhrbesetzung und internationales Geschäft. — Vom deutschen Faszismus. — Flaumacher und Quertreiber.

Berlin, 6. Febr.

Die Juden sind in ihrer Art hervorragende Politiker. Wären sie nicht lächerlich eitel und grenzenlos habgierig, so könnten sie uns als Schulbeispiel dienen, wie Politik gemacht werden muß, wenn man — kein Deutscher ist. Für Deutsche gibt es nämlich allerlei unüberwindliche Hemmungen in bezug auf orientalische Politik. Immerhin können wir von den Juden auch für eigene Zwecke einen Haufen lernen, mehr als von den meisten unserer anderen Feinde. Geradezu vorbildlich ist beispielsweise ihre nüchterne Beurteilung der tatsächlichen Machtverhältnisse und das bei außerordentlicher Zähigkeit dem Endziel gegenüber geschmeidige Nachgeben und zeitweilige Sichbescheiden. Das brutale Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet paßte unseren Juden nicht ganz in den Kram. Hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens wegen der großen Gefahr eines vorzeitigen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs in Deutschland, und zweitens wegen der ernsten Besorgnis vor einem weiteren Erstarken des vaterländischen Gedankens, war doch schon das Kabinett Cuno nach jüdischen Begriffen ein Zugeständnis. Jetzt fragte es sich aber, ob noch weitere Opfer an Machtstellung unvermeidlich sein würden, oder ob man bereits stark genug wäre… Kühl berechnend stellten die Juden fest, sie wären noch nicht so stark. Also galt es vorderhand, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Die Versöhnungskappe und das Erfüllungsmäntelchen wurden hübsch säuberlich ins Spind gehängt und der vaterländische Harnisch von 1914 wieder blank geputzt. Hei, wie sauste das scharfe Schwert der Einheitsfront durch die Luft! In den ersten Ruhetagen! Dem „Berliner Tageblatt" fehlte nur noch das Hakenkreuz, dann wäre es mit dem „Miesbacher Anzeiger" verwechselt worden. Auch der olle ehrliche „Vorwärts" forcht sich nit, und die jüdische Provinz schwenkte natürlich gehorsam ein. Bald aber kam etwas recht Peinliches. Nicht nur, daß der anfangs ziemlich verblüffte deutsche Michel allzu begeistert wurde. Sogar die Reichsregierung redete plötzlich so, als wäre Deutschland keine sozialistische Demokratie mehr. Nun hieß es eilig bremsen. Zuerst erschienen vorsichtige Warnungen. Nur nichts übereilen! Drohungen und Gewalthandlungen sind überhaupt nicht am Platz. Das einzige, was Deutschland gegenwärtig wagen darf, ist passiver Widerstand. Mittlerweile war jedoch die ehrliche Empörung und die wahrhaft vaterländische Begeisterung aus dem besetzten Unglücksgebiet in lodernden Flammen aufs Reich herübergeschlagen, und es erwiesen sich viel stärkere Löschversuche als nötig. So wurde dann dem deutschen Spießer die unausbleibliche Kohlennot mit allen ihren schrecklichen Folgeerscheinungen an die Wand gemalt. Er sollte sich doch reiflich überlegen, was ein Widersetzen bedeuten könne. Das Wort „Verständigung" hänge mit Verstand zusammen, wehe, wenn Deutschland auch noch den Verstand verlöre! Der Zauberbesen fuhr trotz dieser Beschwörung fort, durchs deutsche Haus zu fegen, und es entstand eine gewisse Verwirrung im jüdischen Lager. Nur die alte Tante Voß verlor den Kopf nicht. Sie wußte sofort Rat. Ich denke, meinte sie, die bayerischen Nationalsozialisten haben demnächst ihren Parteitag. Was brauchen wir mehr! Am nächsten Morgen schon begann die rührige Arbeit, die alte Bossin immer voran. In Bayern plant man eine Lostrennung vom Reich, der Hitler will ein zweiter Mussolini werden und die Nationalsozialisten beabsichtigen, durch Thüringen auf Berlin zu marschieren, um die Regierung mit Gewalt zu stürzen. Alles steht auf dem Spiel, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Auf dem nationalsozialistischen Parteitage soll losgeschlagen werden, und von allen Seiten strömen bereits die Verschwörer nach München. Die gesamte Berliner Judenpresse raste vor sittlicher Entrüstung. Am meisten die „Rote Fahne", der bisher das gute Stichwort für den eigenen Parteitag in

Leipzig gefehlt hatte. „Was — Ruhrbesetzung und Kohlenraub? Jetzt geht es um die deutsche Republik. Auf zum Kampf gegen die hochverräterischen Faszisten!" So hoffte man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: den verbrecherischen Antisemitismus und die deutsche Einigkeit. Wie bekannt, ging zu Beginn alles durchaus nach Wunsch. Die bayerische Regierung verhängte infolge sehr merkwürdiger Machenschaften und auf scharfen Berliner Druck den Ausnahmezustand, Preußen und Thüringen sperrten einmütig zum Parteitage fahrende Völkische auf verschiedenen Bahnhöfen ein, und die Aufmerksamkeit aller anderen braven Deutschen war von den französischen Eindringlingen und den jüdischen Geschäftemachern glücklich abgelenkt. Auf die bösen Hitlerleute. Schließlich kam aber doch alles ganz anders, und zwar den Juden sehr gegen den Strich. In München fiel nichts vor, was irgendwie beanstandet werden konnte, und während früher die jüdische Presse die völkische Bewegung verächtlich als das Desperadotum verkrachter Offiziere und betrunkener Studenten abzutun versuchte, konnte sie das jetzt nicht mehr gut. Sie selbst hatte dafür gesorgt, daß die Forderungen der Nationalsozialisten auf sofortige Ungültigkeitserklärung des Versailler Schmachvertrages, Einbringung eines Gesetzes zum Schutz des Vaterlandes und Forderung der Todesstrafe für Wucherer und Schieber den weitesten Kreisen bekannt geworden sind. Der Reichstag mußte sich mit den bayerischen Angelegenheiten beschäftigen. Der jüdische Übereifer nötigte sogar den Reichskanzler, sich schützend vor die Völkischen zu stellen. Die Freilassung der grundlos Verhafteten wurde durch Herrn Cuno selbst angeordnet. Diese letzte Wirkung ist den Juden und Marxisten vermutlich sogar die unangenehmste gewesen, geht doch ihr Bestreben vor allem darauf hin, das Reich gegen Bayern aufzuhetzen, um die nationale Bewegung auf diese Weise zu vernichten. Nun ist das Gegenteil eingetreten: das Reich schützt die nationalistischen Umstürzler ebenso, wie Bayern das bisher vernünftigerweise getan hat. Zu vermuten ist deswegen, daß demnächst die Nationalistenhetze abgeblasen werden wird. Was jetzt noch in den jüdischen Zeitungen steht, sind Rückzugsgefechte, um ruhiger neue Verleumdungen aushecken zu können. Die vaterländische Maske wird aufs neue aufgesetzt werden müssen. Man glaube aber nur ja nicht, daß das Judentum durch diese kleine Schlappe kleinmütig oder gar ängstlich geworden ist. Es wird die nächste Gelegenheit bestimmt wieder zu einem heimtückischen Vorstoß ausnutzen, ebenso wie wir mit Sicherheit auf Quertreibereien in Sachen der Ruhrbesetzung zu rechnen haben. Marxistisches Judentum und ein freies, aufrechtes Deutschtum sind zwei Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen.

Den Nationalsozialisten muß aber ganz Deutschland Dank wissen. Auch diejenigen, die sich aus Unkenntnis oder aus taktischen Erwägungen Adolf Hitler nicht angeschlossen haben, werden zugeben, daß er das wache Gewissen Deutschlands darstellt. Sein und seiner Getreuen Verhalten bietet uns auch dafür Gewähr, daß, wenn die Maulwurfsbemühungen der Juden es zuwegebringen sollten, die augenblickliche Kompromißregierung Cuno zu stürzen, ihr weder ein sozialistisches Kabinett noch eine Räteregierung folgen werden, sondern nur eine nationalere Regierung oder — die deutsche Diktatur.

Otto v. Schilling.

Der Protest der Reichsregierung gegen den Einmarsch in Baden

Berlin, 8. Febr. Der französischen Regierung ist heute durch den deutschen Geschäftsträger in Paris die deutsche Protestnote gegen die Besetzung der badischen Städte Offenburg und Appenweier übergeben worden. Die Note weist zunächst nach, daß Deutschland zur vorübergehenden Einstellung fahrplanmäßiger Zugsverbindungen des internationalen und des innerdeutschen Zugsverkehrs gezwungen war und bezeichnet es als das Zerrbild eines Friedenszustandes, wenn die französische Regierung eine Maßnahme von so untergeordneter Bedeutung, wie die Einstellung zweier Zugsverbindungen zum Anlaß nimmt, ohne weiteres ihre Truppen in deutsche Städte einmarschieren zu lassen. Einen Rechtstitel führe die französische Regierung nicht an; es ständen ihr also in diesem Falle nicht einmal Scheingründe zur Verfügung. In der Tat handle es sich um einen Akt reiner Willkür und Gewalt, begangen unter Ausnutzung der Wehrlosigkeit des deutschen Volkes.

Die deutsche Regierung erhebe hiergegen vor aller Welt feierlich Protest. — Die Note nimmt dann Bezug auf die Mitteilung der Interalliierten Rheinlandkommission, daß sie das Gebiet von Offenburg und Appenweier unter das Regime des Brückenkopfes Kehl stellt, um die Befugnisse ihres Delegierten in Kehl entsprechend zu erweitern. Die Reichsregierung stellt fest, daß keine Bestimmung des Rheinlandabkommens oder des Vertrages von Versailles der Rheinlandkommission das Recht gibt, das Gebiet ihrer Zuständigkeit eigenmächtig zu erweitern. Dieses Vorgehen zeige erneut, daß die Interalliierte Rheinlandkommission sich zum Werkzeug der französischen Politik machen läßt. Auch gegen diesen Rechtsbruch lege die deutsche Regierung Verwahrung ein.

Wegen der Mitwirkung der Interalliierten Rheinlandkommission sind entsprechende Vorstellungen auch bei der englischen und belgischen Regierung erhoben worden.

•

Es fehlt die nackte Feststellung, daß es sich nicht um einen Rechtsstreit handelt, sondern um brutale Gewaltanwendung. Wenigstens dies sollten Sie hinausrufen, Herr Cuno!

Der Aufruf der Bergarbeiterverbände

Bochum, 8. Febr. Die Bergarbeiterverbände veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie sich gegen die brutale Gewalt wenden, mit der die französischen Imperialisten der Ruhrbevölkerung ihre Herrschaft aufzwingen wollen. Der Aufruf weist hin auf das Anwachsen von Verhaftungen und Mißhandlungen friedlicher Bewohner des Ruhrgebiets und geißelt die Kohlensperre als einen neuen Gewaltakt gegen das wehrlose deutsche Volk. Jetzt greife man auch noch in die ureigensten Rechte der Bergleute ein, indem man die Deputatkohle den Bergarbeiterfamilien auf offener Straße und auf den Zechenplätzen rücksichtslos beschlagnahme. Mit dieser unerhörten Brutalität wollte man die Frauen und Kinder treffen. Durch Spitzel und deren Helfershelfer versuche man, auf den Schachtanlagen Unruhe zu stiften. So sei festgestellt, daß der Anstifter des Putsches auf der Zeche „Dorstfeld", ein gewisser Klammes, seit längerer Zeit mit den Franzosen im Briefwechsel gestanden habe. Einem Betriebsratsmitglied sei für gewisse Auskünfte ein täglicher Zuschlag von 20 000 M. geboten worden, welches Ansinnen entrüstet zurückgewiesen wurde. Mit einem Appell an das Menschlichkeitsgefühl aller Völker der Welt und mit einer lauten Anklage gegenüber all denjenigen, welche die Unmenschlichkeit nicht verhindern, schließt der Aufruf.

Kundgebungen gegen das Ruhrabenteuer in Paris und Brüssel

Köln, 8. Febr. Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Der Allgemeine Arbeiterverband C.G.T. tritt in den nächsten Tagen mit den Führern der belgischen Gewerkschaften in eine Beratung ein, um eine gemeinsame großzügige Kundgebung in Belgien und Frankreich zu organisieren und gegen die Besetzung des Ruhrgebietes schärfsten Einspruch einzulegen. In Paris wird geplant eine Protestwoche zu veranstalten und in Belgien und Frankreich durch Redner aus den beiden Ländern in allen Industriezentren eine oppositionelle Stimmung gegen das Vorgehen im Ruhrgebiet zu schaffen.

•

Mit an der Spitze der belgischen Marxisten steht Brouquère ein ehemaliger Freund und Mitarbeiter Karl Liebknechts. Dieser war einer der giftigsten Kriegshetzer und fuhr noch nach der russischen Revolution nach Moskau, um das ermüdete Volk gegen Deutschland aufzustacheln. Mit dem heutigen Deutschland ist er ganz zufrieden. Seine Friedenspropaganda soll weiteren Sand in unsere Augen streuen...

Schwedischer Protest

Köln, 8. Febr. („Köln. Volksztg.") Se. Eminenz Kardinal Schulte erhielt von den protestantischen Bischöfen Schwedens durch den bekannten Erzbischof Söderblom folgendes Schreiben:

„Niemand kann die Vielen zählen, welche überall in der Welt in ihrem Innersten empört werden von dem, was jetzt geschieht. Wir hofften nach dem Kriege auf den Weg des Friedens. Aber das Zusammenleben der Völker Europas verschlimmerte sich fortwährend. Hunger, das Gift der Bitterkeit gekränkter Seelen, und physische und moralische Anfechtungen verheeren edle Teile der zentraleuropäischen Menschheit. Jetzt schneidet vollends Waffenmacht unter dem Deckmantel des Friedens große Stücke aus dem Lande des entwaffneten Nachbarn, dadurch himmelschreiende Not verschlimmernd. Der Fluch der Saat wird neue, noch entsetzlichere Kriege zeitigen, denn was der Mensch sät, wird er ernten. Das hat der Weltkrieg sattsam bestätigt. Der Grund des Unheils Europas ist offenbar: Machtbegier und kurzsichtige Selbstsucht zum höchsten Gesetz, anstatt christlichen Geboten zu gehorchen. Wir richten niemand, denn unser Wissen ist Stückwerk, aber wir verurteilen die Methoden der Gewalt. Die Gewissen und Herzen werden überall von der Frage gebannt: Was kann gemacht werden? Wir Diener der Kirche Schwedens ermahnen unsere Mitchristen in Frankreich und allen Ländern, besonders im Deutschen Reiche, mit uns Gott nachzurufen um Klarheit und Kraft."

•

Der Aufruf der Schweden ist sehr zu begrüßen, nur sind gerade „unsere Mitchristen" in Frankreich die schlimmsten Hetzer. Der Erzbischof von Tarbes z. B. fuhr herum, um als Wanderprediger für den Abgeordneten und Börsenjuden Maurice Rothschild Propaganda zu machen.

Sprüche der Novemberverbrecher!

Die „Frankfurter Zeitung" schrieb am 15. März 1922: „Man will in Moskau nicht dem Gegner seine Karten zeigen, noch weniger aber will man sie den eigenen Anhängern zeigen. Denn es gibt unter diesen doch einen erheblichen Teil, der nicht von allen Wendungen der Sowjetregierung erfreut ist, und der eine glatte (!) Verbindung mit dem Kapitalismus des Westens als eine Preisgabe der bolschewistischen Grundsätze ansehen würde. Ihnen gegenüber muß das Gesicht gewahrt werden, und darum sagt man ihnen, daß weitere Zugeständnisse an den Kapitalismus ausgeschlossen sind..., und daß man Rußland nicht zum Ausbeutungsobjekt für ein großes kapitalistisches Syndikat machen werde."

Und nachdem die Frankfurterin auf diese freche Weise die Zusammenarbeit des jüdischen Bolschewismus mit der die Geschicke der Staaten heute zu neun Zehntel bestimmenden jüdischen Hochfinanz bekannt hatte, forderte sie: „Deutschland ist gewiß selbst in Not, aber so groß ist sie nicht, daß nicht doch noch möglich wäre, denen eine Hilfe zu bringen, die keine andere Rettung sehen, als die Hilfe von draußen. Es ist manches getan worden, aber auch bei uns ist zu wenig getan worden."

•

Am 11. August 1921 höhnte dasselbe Börsenblatt: „In keiner Lage, und wäre sie noch so gedrückt, geziemt es einem großen Volke, sich rein passiv zu verhalten." Verstehst du diesen Spott der Vorkämpferin der Erfüllungspolitik, deutscher Michel?

Heute heult die „Fr. Ztg." nach der „nationalen Einheitsfront" und spricht von Vaterland und deutscher Würde. Am 15. November 1918 aber jubilierte sie wörtlich: „Der nationale Gedanke hat bei dieser Bewegung (der deutschen Revolution) bewußt (!!) nicht mitgewirkt."

•

Eine Zeitlang behauptete die „Fr. Ztg.", die Weltvernunft in England und Amerika würde Frankreich vor Gewaltmaßregeln abhalten. Heute stellt sie kalt fest, daß daran nicht zu denken sei. Am 1. August 1921 aber hatte sie die Stirn zu schreiben:

„Wir haben stets (!) die Ansicht vertreten, daß die Einigkeit der Entente (!) bisher (aber auch vor und während des Krieges?) für Deutschland eine gewisse Garantie war."

•

Vor der Aufgabe Oberschlesiens aber sagte das jüdische Reptil am 10. August 1921:

„Wenn Oberschlesien oder auch nur das Industriegebiet nicht völlig deutsch wird (als ob dies vorher nicht der Fall gewesen wäre!), dann sind nur die allgemeinpolitischen Interessen der Entente daran schuld, die ihre Einigkeit (welche die „Frankf. Ztg." als Garantie für Deutschland hinstellte) nicht opfern wollte."

Deutsche, sorgt, daß dieser Hohn einmal seinen Staatsgerichtshof findet!

Die gesprengte Lausanner Konferenz

Das resultatlose Auseinandergehen der Lausanner Konferenz hat schon jetzt überall die größte politische Aktivität hervorgerufen. Lord Curzon hat am 6. Februar den Vertretern der Presse eine lange Erklärung abgegeben, in welcher er sich bitter über die Türkei beschwerte. Die Türken hatten die Maritza als Grenzfluß Thraziens anerkannt und die Vorschläge über die Meerengenkonvention angenommen. Die Frage von Mossul und der Grenze Mesopotamiens sollte erst nach einem Jahre entschieden werden, um in der Zwischenzeit in freundschaftlicher Weise alle Seiten des Problems zu behandeln. Jedoch hätten sich die Türken mit der Beschränkung ihrer Armee in Europa gesträubt. Ferner seien die finanziellen Bestimmungen von größter Milde gewesen und trotzdem von den Türken abgelehnt worden.

Große Erregung hat in London und in Paris das Verlangen der Türken hervorgerufen, in einer bestimmten Frist die alliierten Kriegskräfte aus dem Hafen von Smyrna herauszuführen. Die neuesten Meldungen vom 8. Februar besagen, daß die Alliierten den Türken geantwortet hätten, ihre Schiffe würden sich im Falle eines Angriffes verteidigen. Dies scheint bei den Türken den Eindruck nicht verfehlt zu haben und die Frist für das Verlassen des Hafens wurde hinausgeschoben.

Zur selben Zeit hat Paschitsch in Belgrad einen Ministerrat zusammenberufen mit dem Ziele, eine Zusammenkunft der Balkanstaaten vorzubereiten.

Venizilos hat in einem Briefe triumphierend verkündigt, der Bruch zwischen der Entente und der Türkei sei eine endgültige Tatsache.

Die Sachlage läßt sich augenblicklich wohl dahin beurteilen, daß die Entente nach bewährtem Muster den Freiheitskampf der Türkei für ihre Zwecke ausnutzen wollte. Die Türkei sträubt sich dagegen, die finanzielle Last auf sich zu nehmen und den Reichtum des Landes Franzosen, Engländern und Juden auszuliefern.

Um Mut zu zeigen bedarf es nicht, daß man die Waffen ergreife; den weit höheren Mut, mit Verachtung des Urteils der Menge, treu zu bleiben seiner Überzeugung, mutet uns das Leben oft genug an.

Johann Gottlieb Fichte.

Dühring-Wahrheiten
Die jüdische Begier, das Geistige zu beherrschen

Wenn man sich zur allgemeinen Literatur und Presse wendet, erscheint jene alte Begier der Hebräer, das allgemein Geistige zu beherrschen, in einer neuen und vielfach auch modernen Gestalt wieder, und die besseren Völker mögen zusehen, daß sie nicht auch hier einer Ansteckung, und zwar einer noch viel unheilvolleren Ansteckung, als die frühere war, auf längere Dauer anheimfallen. Der Judäer kann zwar hier selbst nichts schaffen und bieten, denn in Wissenschaft und Kunst ist er völlig unfruchtbar. Er zehrt sozusagen auch in der Geistigkeit vom Marke anderer Völker, aber er macht alles zum Geschäft und zur Ware, und zwar zu einer solchen Ware, wie sie ihm für seinen Sinn und seine Zwecke paßt. Nicht etwa, daß er bloß den materiellen Vorteil immer, ausschließlich und unmittelbar zum Kompasse hätte, — nein, das ist noch nicht der Gipfel alles Schadens; dieser besteht vielmehr darin, daß dem Hebräersinn auch geistig alles angepaßt werden soll. Die Judäer spüren etwas davon wie wichtig die geistige Herrschaft auch für die materielle ist, und streben teils mit dunklerem, teils mit klarerem Bewußtsein dahin, außer dem Gelde, auch den Geist in ihre Hände zu bekommen. Auch hierin ist ihnen äußerlich bereits nicht wenig gelungen, zumal wenn man die Kürze der Zeit in Anschlag bringt, die sie in dieser Richtung erst tätig gewesen sind. Das 19. Jahrhundert ist in dieser Beziehung zum Judenjahrhundert avanciert, und noch schönere Dinge stehen im Verlaufe des 20. in Aussicht, wenn es nicht gelingt, die antiarische Bewegung, als welche die Judäer selbst ihr Vorschreiten auffassen, energisch zurückzudämmen...

Die Beherrschung fast der gesamten Presse, des Zeitschriftenwesens, ja in einem kolossalen Maße auch schon des Buchhandels, setzt die heutigen Judäer in den wichtigsten Kulturländern in den Stand, den vorherrschenden, ja den fast alleinherrschenden Typus der Erscheinungen zu bestimmen. Im allgemeinen kommt in diesem Gebiete nichts auf, was den Hebräern nicht paßt; das literarische Hindurchdringen von Entgegengesetztem ist eine der seltensten Ausnahmen und kann sich auch dann nur mühevoll und äußerlich nie in der sonst angemessenen Ausdehnung vollziehen.

Bedenkt man, daß auch noch das Theaterbereich fast ganz judäischen Händen und der Hebräisierung anheimgefallen ist, so wird man sich nicht wundern, wenn die dramatischen Vergnügungsspiele für das Publikum darnach aussehen. Man kann fast in jedem neuen Falle von vornherein sicher sein, daß dabei etwas für den Judensinn mit im Spiele ist. Selbst im relativ Besseren zeigt sich dies... Die Judäer haben Spürsinn für alles, was septisch zersetzt und so das Feld für das Treiben ihres üblen Charakters zugänglicher macht. Ruinieren sie nur erst Sitte und Verstand, so gibt es gegen sie bald keine Folie mehr; die übrige Gesellschaft erscheint alsdann teilweise bisweilen fast so schlecht wie sie. Wenn sie alles zu sich hinabziehen, so brauchen sie nicht mehr zu besorgen, daß ihnen von der so erniedrigten Gesellschaft die Türe geschlossen werde. Indem sie daher jede korrupte Erscheinung, die ihnen schon der Korruption wegen gemäß ist, durch den Reklameapparat, der allein in ihren Händen ist, geflissentlich und künstlich hinaufpoussieren, alles Bessere aber, was sich regen will, stets unterdrücken, verderben sie Sinn und Geschmack des Publikums, ja schließlich der Gesellschaft in allen ihren Verzweigungen. Ihr materieller und kapitalistischer Einfluß wirkt, wo er nicht selber etwa direkt oder indirekt das Geistige zum Gegenstand hat, bei weitem nicht so bedeutend als jener unmittelbare Preß- und Literatureinfluß. Dieser degradiert alles, was an Eigenschaften den besseren Völkern noch helfen könnte, um sich vor ihrer eigenen Korruption zu bewahren. Überhaupt ist es das Kapitalistische an sich weit weniger als das Persönliche, wodurch die von den Judäern ausgehende Erniedrigung sich vollzieht.

In allen Gebieten, die wir berührt haben, sind die Hebräer mit ihrer Verunsauberungsarbeit am Werke. Zunächst machen sie dadurch das andere ihrer eigenen Beschaffenheit möglichst gleich, um es dann später in diesem Erniedrigungszustande um so sicherer beherrschen zu können. Die Abwehr dieser antiarischen Verschlechterungsmache sollte allerdings im Antisemitismus einen Stützpunkt finden; aber dieser muß sich praktisch und äußerlich noch erst in das Literaturgebiet hinein verpflanzen... Die Bedeutung der Anlagen zu einer antisemitischen Bewegung soll hier wahrlich nicht gering geschätzt werden; vielmehr kommen ihr in allen Richtungen und Schichten, wohin die Anregung tatsächlich gelangt, bisher verhaltene Neigungen in Gesellschaft und Volk entgegen. Allein zu den Höhen, wo über den Geist entschieden wird, ist so etwas noch nicht aufgestiegen und für die freiheitlich Gesinnten ist es noch nicht zugerichtet, geschweige umfassend organisiert. Hier stehen wir noch bei der geistigen Initiative des einzelnen. An dieser hat es allerdings nicht gefehlt. Dem ersten unbestimmten Anlauf Voltaires ist unser allseitiges und umfassendes Vorgehen gefolgt und wir haben im ganzen Bereich von Kunst und Wissenschaft wie in dem des Lebens die antihebräisch reformierten Elemente entworfen und hierbei uns verhalten, als wenn es sich um Grundlagen der Mathematik gehandelt hätte.

Das Erzjudenkomische, das mit dem 20. Jahrhundert mehr hervortritt, besteht darin, daß die Hebräer, nachdem sie die Presse annektiert, dort nun auch schon direkt mit ihrer Religion als der herrschensollenden, aufzuwarten anfangen. Daher ihre Wut gegen das Christliche, insbesondere das Katholische und seine selbständige Kirche, die ihrer Dummfrechheit noch als Konkurrentin im Wege steht. Das über die Welt zerstreute Völkchen macht gar keinen Hehl mehr daraus, daß es die Erde nicht bloß materiell, sondern auch geistig und speziell religionistisch zu hebräisieren vorhat. Dies ist in der Tat der höchste Gipfel des Judenchauvinismus. Es kann indessen dafür gesorgt werden, daß diese alles überbietende Unverschämtheit der Unverschämtheiten in ihrer eigenen Glorie zuschanden werde.

(Entnommen dem Werke „Die Größen der modernen Literatur", 2. Bd., 2. Aufl. 1910.)

•

Verjudung der Medizin. Nachdem schon die Justiz, besonders der Rechtsanwaltsstand, in den Großstädten stark verjudet ist, weist auch der Ärztestand immer mehr dieselbe Erscheinung auf. Wie aus der „Münchener Med. Wochenschrift" zu entnehmen ist, gingen die Teilnehmer an einer medizinischen Diskussion auf folgende Namen: Lazarus, Strauß, Blumental, Cohn, Magnus-Levi, Levy-Dorn, Halberstädter, Fränkel, Wolff, Eisner, Dessauer. Ein einziger Teilnehmer scheint kein Jude zu sein, denn auch sein Name ist nicht ganz einwandfrei. — Von der Berliner Ärzteschaft wurden im vergangenen Jahre bei den Wahlen zu den ärztlichen Standesvereinen in den sechs Bezirken gewählt als 1. Vorsitzende: Friedländer, Cohn, Manasse, Gutmann, Rosenthal; 2. Vorsitzende: Eckstein, Meyer, Flatow (vom lateinischen Flatus, riechender Wind), Lewinsohn, Lewek, Lissauer; 1. Schriftführer: Edel, Mentberger, Mosse, Gottheiner, Mendelsohn, Lehmann. Lauter Juden! Berlin ist die Hauptstadt des Deutschen Reiches. Diese traurigen Verhältnisse geben aber auch zugleich die Erklärung, warum die deutsche organische und seelische Heilweise zur chemischen Retortenkünstelei in Verbindung mit angeblichen Erfahrungen aus der empörendsten Tierfolter herabgesunken ist — ein Beispiel für den Einfluß der Juden auf die deutsche Kultur.

•

Ismet Pascha haben die Galadiners, die er dem Oberrabbiner von Genf gegeben hat, scheinbar nicht viel geholfen und England ist ebenfalls nicht dadurch besänftigt worden, daß Kemal Pascha als seinen Gesandten nach London den Großrabbiner der Türkei abschickte.

Die Wolken auf dem Balkan ballen sich wiederum bedrohlich zusammen, wieder rückt die Gefahr in nächste Nähe, daß der Weltkrieg, der dort seinen Anfang nahm, in eine neue Phase tritt und ein neuer blutiger Feldzug entsteht.

Kriegsdrohungen

Konstantinopel, 8. Febr. Das Blatt „Jeni Gun“, das von dem Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung in Angora redigiert wird, veröffentlicht eine zweifellos inspirierte Mitteilung, wonach die offizielle Bekanntgabe des Bruches in Lausanne nicht nur die Mudania-Konvention, sondern auch das Angoraabkommen mit den Franzosen ungültig mache. Wenn der Bruch endgültig sei, so werde der Krieg wiederaufgenommen werden. Der „Times“ zufolge werde jedoch in Konstantinopel erklärt, die Lausanner Konferenz sei nur unterbrochen, um den Delegierten zu ermöglichen, ihre Regierungen zu befragen.

Die Weltverschuldung

London, 8. Febr. Reuter meldet aus Washington: Der Bericht der amerikanischen Schuldenkommission ist, wie bereits gemeldet, von Harding dem Kongreß unterbreitet worden. Er setzt die Hauptsumme der zu fundierenden britischen Schuld mit 4 074 818 000 Dollar an. Die bis zum 15. Dez. 1922 aufgelaufenen, noch nicht bezahlten Zinsen betragen bei einem Zinssatz von 4¼% 629 836 000 Dollar. Hiervon sind abzuziehen die von Großbritannien geleisteten Zahlungen in Höhe von 100 526 000 Dollar. In seiner Adresse an den Kongreß hat Harding die Entscheidung der Schuldenkommission gebilligt und erklärt, das Abkommen stelle den ersten großen Schritt in der Richtung auf eine Regelung der durch den Weltkrieg erwachsenen internationalen Verpflichtungen dar. Harding sprach der britischen Schuldenfundierungskommission seine Anerkennung aus, die, während sich vielfach der Ruf nach Streichung der Weltkriegsschulden erhebe, von der man irrigerweise die Förderung des Friedens erwarte, nach Amerika gekommen sei, um die Gültigkeit der britischen Verpflichtungen anzuerkennen.

•

Amerika ist durch den Krieg aus einem Schuldner Englands sein Gläubiger geworden. Die Riesensummen und ihre Prozente zeigen mit Augenscheinlichkeit, was das Wort „Zinsknechtschaft“ eigentlich bedeutet. Das alles schulden die Völker ihren hebräischen Bankiers!

Die Washingtoner Konvention in Rom

Rom, 8. Febr. In der Kammer stand gestern die Washingtoner Konvention zur Debatte. Ministerpräsident Mussolini befürwortete deren Annahme mit der Erklärung, Italien müsse vor der ganzen Welt beweisen, daß seine Politik einzig und allein auf die Sicherung des Weltfriedens gerichtet sei. In der Konvention sind alle Abkommen enthalten betreffend die Sicherung des Lebens der Neutralen und Nichtkämpfenden zur See und das Verbot der Verwendung giftiger chemischer Produkte und Gase. Nach der Sitzung erhielt der Ministerpräsident den Besuch des amerikanischen Botschafters, der die Regierung zu der Annahme des Gesetzentwurfes lebhaft beglückwünschte mit der Versicherung, der Eindruck werde vorzüglich sein in Amerika.

Die Kammer wird in den nächsten Tagen den jugoslawisch-italienischen Vertrag von Santa Margherita in Beratung ziehen.

•

Zur gleichen Zeit, als die Washingtoner „Abrüstungskonferenz“ tagte, wurde im amerikanischen Senat die Vervollkommnung der chemischen Kriegsführung beschlossen. Mussolini weiß das selbstverständlich ebenso gut wie der ihn beglückwünschende amerikanische Gesandte. Das alte Spiel der Welt ...

Rückgabe deutschen Eigentums in Amerika

Neuyork, 8. Febr. Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für den zwischenstaatlichen Handel hat das Gesetz über die Rückgabe eines Höchstbetrages von 10 000 Dollar von jedem beschlagnahmten deutschen Vermögen gebilligt, ebenso die Rückgabe aller angesammelten Treuhandgelder und anderer Einkommen, die sich zusammen auf nahezu 7 Millionen Dollar jährlich belaufen, und aller noch unverkauften oder durch Prozesse nicht beanspruchten Patente.

Russisch-polnische Konvention

Warschau, 8. Febr. Gestern wurde die polnisch-russische Sanitätskonvention unterzeichnet, der erste zwischen den beiden Staaten auf Grund des Versailler Vertrages abgeschlossene Vertrag. — Die Anwesenheit der 35 jüdischen Abgeordneten und 8 Senatoren samt ihrem internationalen Hinterhalt fängt an, sich bemerkbar zu machen. Auch der Mord des früheren Ministerpräsidenten hat nichts geholfen.

Wirtschaftsabkommen zwischen Polen, Rußland und der Ukraine

Warschau, 8. Febr. Zwischen Polen, Rußland und der Ukraine wurde ein Wirtschaftsabkommen getroffen, dem das Wirtschaftsabkommen des Rigaer Friedens zugrunde gelegt wurde.

Seipels Reise nach Belgrad

Wien, 8. Febr. Bundeskanzler Dr. Seipel wird am 18. Februar eine Reise nach Belgrad antreten. Sein Aufenthalt ist auf 2 Tage bemessen. Er wird mit Paschitsch und Nincic wegen eines Handelsvertrages zwischen Österreich und Südslawien verhandeln. Zahlreiche Fachreferenten werden den Bundeskanzler begleiten. Das Programm für diese Reise ist bereits fertiggestellt.

Frankreichs Trabanten

Warschau, 8. Febr. In der gestrigen Sejmsitzung gab der Außenminister eine Erklärung über Polens Außenpolitik ab. Er betonte: Deutschland sträube sich, den Versailler Vertrag zu erfüllen und versuche die Solidarität der Entente zu stören. Diese Solidarität bestehe aber auch heute noch weiter, wenn auch nicht so glänzend wie im vorigen Jahre; dafür sei sie aber innerlich fester. In Memel sei der Versailler Vertrag zerrissen worden. Die polnische Außenpolitik ist mit Frankreichs Freundschaft eng verknüpft. Wir haben die gleichen Interessen wie Frankreich. Unsere Freundschaft mit Frankreich ist die Vorbedingung für das europäische Gleichgewicht und für den europäischen Frieden. Mit Rumänien verbinden Polen enge Verträge. Wir werden Mann an Mann gegen den Feind marschieren, wenn er kommt. Wie diese Worte offensichtlich an Rußland gerichtet waren, so adressierte der Minister den Schluß an Litauen. Die polnische Regierung ist bestrebt, das Gleichgewicht des Friedens zu erhalten. Wenn aber die die Provokationen zu offenen Angriffen werden, dann wird auch Polen losgehen, und alle Parteien werden sich dann zusammenfinden unter der Parole „Für den Nationalstaat Polen!“

Mährisch-Ostrau, 2. Febr. Angeregt durch die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten Knirsch und Jung, die zu einer Politik der Tat aufriefen, wurden in den Sudetenländern Sammlungen für die deutschen Brüder im Ruhrgebiet eingeleitet. Sofort setzte die Hetze der tschechischen Chauvinistenpresse ein. Diese erklärte, bei den Bündnispflichten der Tschechoslowakei Frankreich gegenüber stelle diese Ruhraktion einen staatsfeindlichen Akt dar. Tatsächlich ging auch die tschechische Regierung mit einem Verbot gegen diese Sammlungen vor. Im alten Österreich wurde es den Tschechen gestattet, während des Balkankrieges für die Serben Sammlungen zu veranstalten, ja sogar einen ganzen Sanitätszug auszurüsten, trotzdem die Serben ausgesprochene Feinde des österreichischen Staates waren, sie auch etwas weiter entfernt verwandt sind von den Tschechen, als die Westfalen von den Sudetendeutschen und obwohl es sich damals um einen Kriegszustand handelte, während es sich diesmal um den räuberischen Überfall auf befriedetes Gebiet handelt. Als besonders traurig muß es aber bezeichnet werden, daß auch der „deutsche“ „Sozialdemokrat“, das Hauptblatt der gleichnamigen Partei, gegen die Ruhraktion Stellung nahm, also wieder einmal die Geschäfte der Feinde des Deutschtums besorgte. Er frug mit jüdischer Großschnauzigkeit, wer diese Sammlungen eingeleitet habe und wem sie zugute kämen, worauf ihm die beiden genannten Abgeordneten antworteten, die deutsche Reichsregierung hat sie angeregt und an sie werden die Sammlungen zugunsten der Ruhrdeutschen abgeführt werden.

Dr. A. S.

Gegen die Auswucherung des des deutschen Volkes

Berlin, 8. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute auf die beispiellosen Preiserhöhungen auf allen Gebieten hingewiesen, besonders für Lebensmittel und Kohlen. Die Reichsminister der Finanzen, der Wirtschaft und der Ernährung wurden verständigt, daß der Haushaltsausschuß ihre Anwesenheit bei den Ausschußberatungen wünsche, um energische Schritte gegen die Auswucherung des Volkes mit der Regierung beraten zu können.

Das alte Lied: erst wenn das Kalb aus dem Stall ist, wird das Tor geschlossen. Und daß selbst dieses sicher ist, glaubt heute kein Mensch in Deutschland mehr. Solange jüdische Bankiers unser Schicksal bestimmen, jüdische Rechtsverdreher sie verteidigen und es hebräische Richter gibt unter römischem Recht, ist alles vergebens.

Der Fall Eberlein

Berlin. Das Verfahren gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Zentrale der K.P.D., Eberlein, das seit 1921 wegen Hochverrates und wegen Anstiftung zur Zerstörung von Sachen schwebt, ist, wie die Blätter melden, vom Reichsgericht an den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gegeben worden, da es sich bei der Märzaktion in Mitteldeutschland, während der die Delikte begangen wurden, um einen gegen die Republik gerichteten Anschlag handelte. — Eberlein ist der noch verhältnismäßig kleine Dieb. Die großen Halunken laufen noch frei herum.

Abschaffung des Französischen

Berlin, 8. Febr. Die Anhaltische Staatsregierung hat verfügt, daß in allen höheren Schulen Anhalts die bisher als erste Fremdsprache gelehrte französische Sprache abzusetzen, und statt dessen die englische einzuführen sei.

Die Schweiz gegen die Zugssperre Frankfurt-Basel

Lörrach, 8. Febr. Eine Delegation der Baseler Regierung hat gestern nachmittag beim Bundesrat vorgesprochen und dessen Aufmerksamkeit auf die ernsten Folgen der Einstellung des Zugsverkehrs Frankfurt—Basel hingelenkt. Die Abordnung wurde vom Bundesrat Motte als dem Vorstand des Politischen Departements gehört. — Auch in den Wandelgängen des Nationalrates bildeten die Besorgnisse über die Verkehrssperre der Schweiz infolge des französischen Vorgehens das Hauptthema eines regen Gedankenaustausches. Niemand verschließt sich der Tatsache, daß dadurch eine außerordentliche Schädigung der schweizerischen Wirtschaft hervorgerufen wird.

Neue Verhaftung. — Ein Zwischenfall

Dortmund, 8. Febr. Der Postmeister Depöh in Herbede wurde verhaftet. Bei seiner Abführung warf ihm der Postschaffner Zimmermann eine trockene Mettwurst nach, die aus Versehen einen französischen Unteroffizier ins Gesicht traf. Der Unteroffizier fühlte sich dadurch beleidigt und verlangte vom Amtmann die Festnahme Zimmermanns und die Auslieferung an die französischen Behörden. Zimmermann hatte inzwischen jedoch das Weite gesucht.

Die Lage im besetzten badischen Gebiet

Renchen, 8. Febr. Die Verhandlungen zwischen den Beamten- und Arbeitervertretungen und dem französischen kommandierenden Obersten haben zu keinem Resultat geführt. Die Besatzungsbehörde hat einige Bestimmungen, die zum Teil bereits aufgehoben, teils abgeändert worden waren, wieder verschärft. Der Nachtverkehr ist verboten von abends 8 bis morgens 5 Uhr. Die Wirtschaften müssen um 8 Uhr schließen, nur für französische Offiziere dürfen Restaurants bis 10 Uhr offen halten. Die „Offenburger Zeitung“ wurde auf zwei Tage verboten, weil sie die Erklärungen der Gewerkschaften mit Fettdruck veröffentlichte. Die kleine Gemeinde Schippenwald, südlich Offenburg, ist besetzt worden. Der gestern verhaftete Postdirektor Krieg wurde nach Kehl oder Straßburg gebracht und soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Telephon- und Bahnverkehr ruhen völlig.

Grubenstreik in Lothringen

Saarbrücken, 8. Febr. Die lothringischen Bergarbeiter haben den Streik beschlossen, wenn die Grubenbesitzer nicht neue Zugeständnisse machen. Auf einzelnen Gruben wird bereits gestreikt.

Weitere Besetzung

Elberfeld, 8. Febr. (V. T.) Die Franzosen sind von Lennep auf Radevormwald weitermarschiert und haben Hausen und Roßberghausen besetzt.

Ein echter Demokrat

Herr Walther Schücking, welcher vor Jahr und Tag versprach, daß der Völkerbund eine pazifistische Lösung durchsetzen werde, die selbst die unterrichteten Freunde des Fortschrittes in Erstaunen setzen würde, schreibt heute („Berl. Tagebl.“, Nr. 3) mit dreister Stirn, nachdem er die Vergeblichkeit seiner Rufe an das „Weltgewissen“ festgestellt hat:

„Es ist genau so gekommen und wir sind so arm geworden, daß Millionen und aber Millionen nicht einmal mehr wissen, wie sie den „einheimischen“ Morgentrunk bezahlen sollen. Aber jene früher mißachtete These von der Solidarität der Interessen ist heute wenigstens die Erkenntnis des Mannes von der Straße geworden.

Und in dieser Zeit wagt es der französische Staat durch sein brutales Vorgehen an der Ruhr, das wichtigste Weltwirtschaftsgebiet Europas in seiner Arbeit zu hemmen und damit die Weltwirtschaft weiter zu zerrütten. Das geschieht aus dem unverhüllten Machthunger eines einzelnen Staatswesens, das durch seinen mit fremder Hilfe erfochtenen Sieg dem Größenwahn verfallen ist, und aus dem Sonderinteresse der französischen Schwerindustrie, die die Herrschaft über die deutschen Kohlen gewinnen möchte.

Wird sich die Kulturwelt solchen Vorgang gefallen lassen? Hier steht mehr auf dem Spiele als das Schicksal Deutschlands.“

„Etwa 50 Staaten, die im Völkerbund vereint sind, schauen also ruhig zu, wie der Friedensbrecher einem wehrlosen Genossen die Gurgel zudrücken möchte, neue Katastrophen daraus sich vorbereiten und der Untergang der abendländischen Welt bevorsteht, der sich heute noch abwenden ließe.

Und abermals frage ich darum: Wer hilft? Der Völkerbund müßte nach seinem Statut den Weltboykott gegen den Friedensbrecher verhängen, den Abbruch aller wirtschaftlichen Beziehungen.“

Prost Mahlzeit! Frankreich wird, solange die Herren wie Schücking noch frei umherlaufen dürfen, erst recht uns weiter die Gurgel zudrücken. Schücking und Quidde aber werden — Pazifisten bleiben. Pfui Teufel!

Jud Süß

Novelle von Wilhelm Hauff.

„Laßt uns ans Büfett treten,“ sagte der zweite, „ich habe dir hier jemand vorzustellen, Bruder Gustav, der sich auf deine Bekanntschaft freut, und du weißt, in Larven erkennt man sich schlecht.“

„Freund,“ erwiderte Gustav, „ich nehme die Larve nicht ab, ich habe Gründe; so angenehm mir die Bekanntschaft dieses Herrn wäre, so muß ich sie doch bis morgen versparen.“

„Und wenn es nun Pinassa wäre, nach welchem du so oft gefragt?“ antwortete jener.

„Pinassa? Mit dem du dich geschlagen? Nein, das ändert die Sache, den will ich sehen und begrüßen; aber — meine Maske nehme ich nur auf zwei Augenblicke und im fernsten Winkel des Speisesaales ab.“

„Wir sind's zufrieden, Bruder Sarazene“, antwortete der Kapitän. „Aber laß uns nur erst an die zweite Flasche kommen, dann sollst du auch die Gründe beichten, warum du dein Angesicht nicht leuchten lassen willst vor den Freunden!“

2.

In dem Speisesaal, welchen sie wählten, waren nur wenige Menschen, denn man verkaufte hier nur ausgesuchte Weine, feine Früchte und warme Getränke, während die größeren Trinkstuben, wo Landwein, Bier und derbere Speisen zu haben waren, die größere Menge an sich zogen. In einer Ecke des Zimmers war ein Tischchen leer, wo der Sarazene, wenn er dem übrigen Teil des Saales den Rücken kehrte, ohne Gefahr, erkannt zu werden, die Maske abnehmen konnte. Sie wählten diesen Platz, und als die vollen Römer vor ihnen standen, legten die zwei jungen Krieger die Masken ab, und der Kapitän begann: „Herr Bruder, ich habe die Ehre, dir hier den unvergleichlichen Kavalier Pinassa vorzustellen, den berühmtesten Fechter seiner Zeit; denn es gelang ihm, durch eine unbesiegliche Terz-Quart-Terz mich, bedenke, mich, den Senior des Amizistenordens, in Leipzigs unvergeßlichem Rosental hors de combat zu machen. Er hat gleich mir die Musen verlassen, hat gesungen: ‚Will mich Minerva nicht, so mag Bellona raten‘, und hat den alten Hieber und sein ungeheures Stichblatt, worauf er sein Frühstück zu verzehren pflegte, mit dem Paradedegen eines herzoglich württembergischen Leutnants vertauscht.“

„Der Tausch ist nicht übel, Herr von Pinassa, und mein Vaterland kann sich dazu Glück wünschen“, sagte der Sarazene, indem er sich vor dem neuen Leutnant verbeugte. „Wolltet Ihr einmal in unsern Dienst treten, so war diese Laufbahn die angenehmste. Der Zivilist hat zu dieser Zeit wenig Aussicht, wenn er nicht ein Amt für fünftausend Gulden oder für sein Gewissen und ehrlichen Namen beim Juden kaufen will. Doch diese dünnen Bretterwände haben Ohren — stille davon, es ist doch nicht zu ändern. Wie anders sind Eure Verhältnisse! Der Herzog ist ein tapferer Herr, dem ich einen Staat von zweimalhunderttausend Kriegern gönnen möchte; für uns — ist er zu groß. Der Krieg ist sein Vergnügen, ein Regiment im Waffenglanz seine Freude; leider fällt für uns andere selten eine müßige Stunde ab, und daher kommt es, daß diese Juden und Judenchristen das Zepter führen. Er gilt für einen großen General, er hat mit Prinz Eugen schöne Waffentaten verrichtet, und ein schlanker, junger Mann, mit einer Narbe auf der Stirne, Mut in den Blicken, wie Ihr, Herr von Pinassa, ist ihm jederzeit in seinem Heere willkommen.“

„Was der Sarazene altklug sprechen kann über Juden und Christen!“ sprach der Kapitän. „Doch öffne dein Visier und zeige deine Farben, mein Kamerad soll nun auch wissen, mit wem er spricht: Das ist der umsichtige, rechtskundige, fürtreffliche Herr Juris utriusque Doktor Lanbek, leiblicher Sohn des berühmten Landschaftskonsulenten Lanbek, welchem er als Aktuarius substituiert ist; ein trefflicher Junge, Parole d'honneur, wenn er sich nicht in neuerer Zeit hin und wieder durch sonderbare Melancholei prostituierte, noch trefflicher, wenn ihm der Herr auch einen Sinn für das schöne Geschlecht eingepflanzt hätte.“

Lanbek nahm bei diesen Worten die Maske ab und zeigte dem neuen Bekannten ein errötendes Gesicht von hoher Schönheit. Unter dem Turban stahlen sich gelbe Locken hervor und umwallten kunstlos und ungepudert die Stirne. Eine kühn gebogene Nase und dunkle, tiefblaue Augen gaben seinem Gesicht einen Ausdruck von unternehmender Kraft und einen tiefen Ernst, der mit den weichen Haaren und ihrer sanften Farbe in überraschendem Widerspruche war. Doch das Strenge dieser Züge und dieser Augen milderte ein angenehmer Zug um den Mund, als er antwortete: „Ich öffne mein Visier und zeige Euch ein Gesicht, das Euch recht herzlich bei uns willkommen heißt. Ich trinke auf Euer Wohl dieses Glas, dann aber werdet Ihr entschuldigen, wenn ich aufbreche.“

„Pro poena trinkst du zwei!“ rief der Kapitän mit komischem Pathos, indem er einen ungeheuern Hausschlüssel aus der Tasche nahm und ihn als Zepter gegen den Sarazenen senkte. „Hast du so wenig Ehrfurcht vor deinem Senior, daß du dich erfrechst, in loco Gläser zu trinken, ohne daß sie dir ordentlich vom Präses diktiert sind? O tempora, o mores! Wo ist Zucht und Sitte dieser Füchse hin? Pinassa! Zu unserer Zeit war es doch anders!“

Die jungen Männer lachten über diese klägliche Reminiszenz des ehemaligen Amizistenseniors; der Kapitän aber faßte Lanbek schärfer ins Auge und sagte: „Herr Bruder, nimm mir's nicht übel, aber in dir steckte schon lang etwas wie ein Fieber, und heute abend ist die Krisis; ich setze meine verlorene Flasche, davon geht nichts ab, aber ich wette zehn neue: sei ehrlich, Gustav — du warst heute abend schon als Bauer hier, und dein Alter weiß nichts vom Sarazenen.“

Gustav errötete, reichte dem Freunde die Hand und winkte ihm ein Ja zu.

„Alle Tausend!“ rief der Kapitän. „Junge, was treibst du? Wer hätte das hinter dem stillen Aktuarius gesucht? Auf dem Karneval das Kostüm zu ändern! Und so ängstlich, so geheimnisvoll, so abgebrochen; willst du etwa dem Juden zu Leibe gehen?“

Der Gefragte errötete noch tiefer und nahm schnell die Maske vor; ehe er noch antworten konnte, sagte Reelzingen: „Herr Bruder, du bringst mich auf die rechte Fährte. Wo habt ihr beide, du und die Orientalin, die der Finanzdirektor führte, das Zeug zu euren Turbanen gekauft? Gustav, Gustav!“ — setzte er, mit einem Finger drohend, hinzu — „du wohnst dem Juden gegenüber, ich wette, du weißt, wer die stolze Donna ist, die er führt.“

„Was weiß ich!“ murmelte Lanbek unter seiner Larve.

„Nicht von der Stelle, bis du es sagst!“ rief der Kapitän; „und wenn du auf deinem Trotz beharrst, so schleiche ich mich an die Orientalin und flüstere ihr ins Ohr, der Sarazene habe mich in sein Geheimnis eingeweiht.“

„Das wirst du nicht tun, wenn ich dich ernstlich bitte, es zu unterlassen,“ erwiderte der junge Mann, wie es schien, sehr ernst; „wenn ich übrigens Vermutungen trauen darf, so ist es Lea Oppenheimer, des Ministers Schwester. Und nun adieu! Wenn ihr mir im Saal begegnen solltet, kennt ihr mich nicht, und Reelzingen, wenn mein Vater fragt —“

„So weiß ich nichts von dir, versteht sich“, erwiderte dieser. Der Sarazene erhob sich und ging. Die Freunde aber sahen einander an, und keiner schien zu wissen, ob er recht gehört habe, oder wie er dies alles deuten solle. „Hat denn der Jude eine Schwester?“ fragte Pinassa.

„Man sprach vor einiger Zeit davon, daß er eine Schwester zu sich genommen habe, doch hielt man sie für noch ganz jung, weil sie sich nirgends sehen läßt“, erwiderte Reelzingen nachdenklich. „Und wie er errötete, Herr Bruder, du wirst sehen, da läßt auch einmal wieder der Satan einen vernünftigen Jungen einen dummen Streich machen.“

Münchener Rathaus

Zur Notlinderung in München.

Zur Linderung der Not in München ist vom Landwirtschaftsministerium aus Mitteln des Landtags und aus anderen bereiten Mitteln ein Gesamtbetrag von 47 416 000 M. dem Stadtrat überwiesen worden. Der Stadtrat hat von dieser Summe bereits über den Betrag von etwa 16½ Millionen Mark verfügt. Zur Verfügung steht noch ein Betrag von 30 866 000 M.

Es mehren sich bei den Bezirkswohlfahrtsämtern und im Wohlfahrtsamt selbst die Fälle, daß Personen und Familien, die nicht in Dauerfürsorge stehen, diese nicht in Anspruch nehmen können oder wollen, die Hilfe des Wohlfahrtsamtes zur Beschaffung von notwendigen Bedarfsgegenständen, von Brennmaterialien, Kleidern, Wäsche, Schuhen usw. angehen, weil ihr geringes Einkommen hierfür nicht ausreichend ist. Es kommen hier **hauptsächlich Personen oder Familien in Frage,** bei denen infolge Erwerbsbeschränktheit **der Verdienst gering** oder in denen eine **große Kinderschar** vorhanden ist. Solche Gesuche konnten bisher, obwohl ihre Begründetheit in vielen Fällen anerkannt werden mußte, nicht berücksichtigt werden. Es soll deshalb aus den genannten Mitteln ein **Fond von 20 Millionen Mark** zur Berücksichtigung derartiger Gesuche gebildet werden. Die Gesuche sind bei den Bezirkswohlfahrtsämtern anzubringen und von dort vorzubehandeln. Für ihre Erledigung sind nach bestimmten Zuständigkeitsgrundsätzen teils die Bezirkswohlfahrtsausschüsse, teils der Fürsorgesenat beim Stadtrat zuständig.

Grundsätzlich sollen solche Gesuche nur gestellt werden können von Personen, die kein höheres Einkommen als das nachfolgende haben: a) bei alleinstehenden Personen im Höchstfalle 240 000 M. jährl.; b) bei Ehepaaren im Höchstfalle 300 000 M. jährl.; c) für ein Kind weitere 60 000 M. jährl.; d) für ein zweites Kind weitere 80 000 M. jährl.; e) für jedes weitere Kind jeweils ein um 20 000 M. jährl. höherer Betrag als beim vorhergehenden Kind. Der Rest von 10 866 000 M. soll dem Fond zur Verbilligung des Brotes zugeführt werden.

Einkommenerhöhung der Sozialrentner.

Auf Antrag des Wohlfahrtsreferenten RR. Hilble beschloß heute der Stadtrat in seiner Hauptausschußsitzung mit Rücksicht darauf, daß in nächster Zeit mit einer **nambaften Erhöhung des sichergestellten Einkommens der Sozialrentner** zu rechnen ist, und zwar wahrscheinlich mit Rückwirkung ab 1. Januar 1923, und die Not in diesen Kreisen eine sofortige Hilfe erheischt, die Auszahlungen in der Sozialrentnerfürsorge, die für den Monat März 1923 nach den bisherigen Bestimmungen zuständig sind, schon ab 15. Februar 1923 beschleunigt zur Auszahlung zu bringen. Die gleiche Maßnahme soll für die Kleinrentner durchgeführt werden. Die ausgezahlten Beträge sind auf die Aufzahlungsbeträge anzurechnen, die sich nach den zu erwartenden neuen Vorschriften für den Monat März errechnen werden.

Auf der Suche nach 100 Millionen.

Wie man im Münchener Stadtrat herumflakert, beweist ein Antrag des RR. Helmreich, der zur Beschaffung von Baustoffen für das Bauprogramm 1923 die Bewilligung von 100 Millionen Mark verlangte, obwohl er selbst zugab, daß ihm das Finanzreferat die Mittellosigkeit der Stadt bereits bestätigt hatte. Bürgermeister Schmid brachte diesem Antrag nur ein verlegenes Lächeln entgegen und meinte kurz: „Wir haben kein Geld.“ Man kam schließlich dahin überein, an das Land und das Reich um Gewährung der 100 Millionen Mark heranzutreten. Dabei wird man vermutlich vom Regen in die Traufe kommen. RR. Pfeifer hatte seinerseits einen gewiß zeitgemäßen Vorschlag zur Hand: „Der deutsche Staat muß ebenso wie der österreichische, den Gemeinden einen Anteil an der Notenpresse zur Verfügung stellen.“ Wir zweifeln nicht daran, daß, wenn es so weitergeht, bald jeder deutsche Staatsbürger seine eigene Notenpresse haben wird.

Die unerschwinglichen Sargpreise.

Wir Deutschen sind jetzt soweit, daß wir in der Tat nicht mehr wissen, wie wir unsere Toten, soweit sie den arbeitenden Volksschichten angehören, beerdigen sollen. Das zeigen auch die in letzter Zeit immer wiederkehrenden **„Sarg-Debatten“** im Rathaus. Eine solche spielte sich wiederum im Hauptausschuß des Stadtrates ab. Aus den Ausführungen des RR. Hörburger erfuhr man, daß die vor kurzem eingeführten Pappsärge nicht mehr verwendet werden können, weil sie inzwischen teurer geworden sind als Holzsärge. Da aber der billigste Holzsarg auf 23 500 M. zu stehen komme, sei man auf folgenden Versuch verfallen: Das Bodenbrett der Särge bleibt 20 Millimeter stark, während die Seitenwände und der Deckel bloß mehr 10 Millimeter „stark“ sein sollen. Das sei zwar außerordentlich dünn, aber die Sachverständigen hielten es für ausreichend. Ein solcher Sarg sei immerhin um 5000 M. billiger. Für besonders starke Leute müßten allerdings die alten Särge verwendet werden. Ein Maßstab für die „besonders starken Leute“ wurde nun freilich nicht angegeben. Überdies will das Finanzministerium in der Not einspringen, indem es sich bereit erklärt hat, das Holz für 60% des jährlichen Sargbedarfes zum Preise von 60% des jeweiligen Marktpreises abzugeben. Wir unsererseits hielten es für besser, wenn die Regierung dadurch zur Verbilligung der Sargkosten beitragen würde, daß sie endlich einmal gegen das auf dem Holzmarkt üppig gedeihende Schiebertum vorgehen möchte. Doch das ist zur Zeit leider nur ein frommer Wunsch. Zur Charakterisierung der kommunistischen Gedankenwelt im Rathaus sei noch die Äußerung des Moskauer Gefolgsmannes Thierauf erwähnt. Er meinte: „Man hat jetzt schon so viel über Pipp- und Pappsärge gesprochen. Wie wäre es, wenn man allmählich an ‚Luftsärge‘ dächte.“

Aus dem Kapitel Zinswucher.

Der unverschämte Zinssatz, der heute von den jüdischen Bankinstituten gefordert wird und unter dem unser ganzes mittelständisches Handwerk und Gewerbe am Zusammenbrechen ist, wird allmählich auch der Münchener Stadtverwaltung unbequem. Um sich wenigstens für die städtische Regieweinkellerei Anlehensvorschüsse und Zinsen beim Ankauf von Wein zu ersparen, beschloß die Hauptausschußsitzung des Stadtrats die Bildung eines Betriebsfonds, der aus dem im Ratskeller abgesetzten Wein nach und nach herausgewirtschaftet werden soll. Es ist nur seltsam, mit welch kleinen Mittelchen man um das Problem herumzukommen trachtet. Gegen die Tatsache der gegenwärtigen Wucherzinsen wandte sich nicht eine Stimme; dem Münchener Stadtrat scheint sie unabänderlich zu sein.

Der Herr Bürgermeister als Schiedsrichter.

Stadtrat Niedermaier, das höchst überflüssige Überbleibsel der mit wenig Nachruhm von der Bildfläche verschwundenen U.S.P., hat es fertiggebracht, daß der Stadtrat in seiner Hauptausschußsitzung eine ganze Stunde kostbare Zeit an seine Person verschwenden mußte. Er hatte sich in seinem Eigendünkel und im Vollbewußtsein seiner Würde als Stadtrat Rechte angemaßt, die selbst der demokratische Stadtrat Ecker als „groben Mißbrauch“ bezeichnete. Der sachliche Anlaß selbst ist lächerlicher Natur. Die Pensionäre des Bürgerheims sollten sich schadhaft gewordene Glühbirnen in ihrem Zimmer auf eigene Kosten beschaffen. Stadtrat Niedermaier bezeichnete gelegentlich eines „Visitationsbesuches“ auf eigene Faust im Bürgerheim das als vertragswidrig und riet den Pensionären, gegen die Stadtverwaltung den Rechtsweg zu beschreiten und fernerhin vom Stadtrat festgesetzte sonstige Preiszuschläge nicht zu bezahlen. Rechtsrat Hörburger, der ihn eines Besseren belehren wollte, warf er dann fortgesetzte „unwahre Referaterstattung“ vor. Zum guten Ende wurde Bürgermeister Schmid aufgefordert, die Streitangelegenheit entscheidend zu schlichten. Dieser Entscheid ist nun allerdings anders ausgefallen, wie ihn sich Stadtrat Niedermaier erwartet haben wird. Er mußte sich nämlich die Feststellung gefallen lassen, daß er sich mit seinem Verhalten eines groben Verstoßes sowohl als Stadtratsmitglied wie auch als Gemeindebeamter (Stadtrat Niedermaier ist nebenbei auch Beamter des Revisionsamtes) schuldig gemacht hat. Damit war die Sache endlich beigelegt und — der Münchener Bevölkerung ist in ihrer Drangsal gewiß wieder etwas geholfen.

Münchener Beobachter

Das milde Urteil im Neptun-Schutzskandal

Das Münchener Wuchergericht hat sein Urteil gefällt, Simon Rosenberg ist der wohlverdienten Strafe nicht entgangen; allein daß diese eine ausreichende Sühne für seine ungeheuerlichen Gaunereien darstellen würde, kann man wirklich nicht behaupten. Selbstverständlich konnte das Wuchergericht sein Urteil nur auf Grund der gesetzlichen Vorschriften fällen, aber daß diese nicht entfernt ausreichen, um den jüdischen Wucherern und Schiebern das Handwerk zu legen, zeigt sich vor allem in dem Ausmaß von zwei Millionen Mark Geldstrafe. Bei der heutigen Entwertung des Geldes ein lächerlich geringer Betrag! Dabei reichen die Betrügereien Rosenbergs bis mindestens in das Jahr 1917 zurück, denn, wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, wurde damals schon Rosenberg durch das Generalkommando verwarnt, weil er Gegenstände des täglichen Bedarfes in großen Mengen zurückhielt. Daß diese Behörde ihn nicht gleich fest am Kragen packte, sondern es bei einer Beanstandung bewenden ließ, gehört in das traurige Kapitel der Schlappheit der Militärbehörden im Hinterlande den Kriegsgewinnlern gegenüber.

Was heißt Ehre? Meine Ehr' ist mein Geld! Wer mir mein Geld nimmt, der stiehlt mir meine Ehr', sagte einmal der alte Anschel Rothschild. Wir sind davon überzeugt, daß die zwei Millionen Mark Geldstrafe nur einen geringen Bruchteil des Riesenvermögens darstellen, das sich der Ostjude im Laufe der Jahre zusammenschwindelte. Man hätte ihm also das ganze Vermögen beschlagnahmen und ihm außerdem Gelegenheit bieten sollen, sich München von dem erhöhten Standpunkte eines Galgens aus betrachten zu können! Einem Mann aber, wie dem Fregattenkapitän Ehrhardt, diesem glühenden, deutschen Patrioten, der sich nur Verdienste um unser Vaterland erwarb, beschlagnahmte der Staatsgerichtshof das ganze bescheidene Vermögen. Warum? Weil er an dem verunglückten Versuche Kapps beteiligt war, das deutsche Volk von der Schmach zu erretten, in die es von den Novemberverbrechern gestürzt wurde! Der Unterschied in diesen beiden Fällen klafft derart in die Augen, daß er aufgezeigt werden muß als Beweis dafür, wie verschiedenartig das Recht unter den heutigen republikanischen Machthabern ausgeübt wird.

Wir können das Verdienst für uns in Anspruch nehmen, diesen jüdischen Obergauner durch die von uns entfesselte Volksbewegung zur Strecke gebracht zu haben, und hoffen, daß uns auch weiterhin die Bevölkerung bei unsrer Herkulesarbeit, den deutschen Augiasstall von seinen jüdischen Schmarotzern und Blutsaugern zu reinigen, kräftig unterstützen werde. Hoffen wir, daß die Wuchergerichte auch in allen andern Fällen so rasch arbeiten werden, wie in diesem wir **müssen aber immer wieder die Forderung erheben nach einer ganz exemplarischen Verschärfung der Wuchergesetze.**

J. St-g.

In der **Urteilsbegründung** unterstrich das Gericht, daß dem Angeklagten das Vorhandensein der alten Bestände aus den Jahren 1919 und 1920 bekannt war. Reserven in dem festgestellten Umfang aufzustapeln, war weder organisatorisch geboten noch durch die Besonderheiten der Branche veranlaßt; angesichts der wirtschaftlichen Not und nach dem Gesetz wäre Rosenberg verpflichtet gewesen, die Waren möglichst rasch der Veräußerung zuzuführen, was bei der großen Zahl der Filialen durchaus möglich gewesen wäre.

Das Gericht hält **die spekulative Absicht für festgestellt** und weist sowohl den Einwand der Thesaurierung für später zu eröffnende Filialen als auch den Hinweis auf die Möglichkeit eines Preissturzes zurück.

Die Wetterlage

Allgemeine Übersicht: Gegen die Britischen Inseln rückt eine tiefe Depression heran, deren Regengebiet bereits bis nach Frankreich vorgedrungen ist. Das weitere Vorrücken nach Osten wird erschwert durch die Erstarkung des russischen Hochdruckgebietes. Pfalz und Nordbayern werden voraussichtlich noch einbezogen werden; in Südbayern wird sich die Föhnlage noch erhalten.

Wettervorhersage für Freitag, den 9. Februar:

Pfalz, Nordbayern zunehmende Trübung, später auch Niederschläge. Südbayern Föhnlage nochmals fortbestehend.

Die Ruhrspende der bayerischen Beamtenschaft. Die auf den Aufruf des Bayerischen Beamtenbundes eingeleitete Sammlung der bayerischen Beamtenschaft für die Nationalspende hat bei der Bayer. Beamtengenossenschaftsbank in München bisher den Betrag von 10½ Millionen Mark erreicht, ungerechnet die übrigen Spenden der Beamtenschaft, die noch an lokalen und sonstigen Sammelstellen getätigt wurden.

Polizeidirektor Joseph Ramer †. Während der Vernehmung eines Raubmörders, des Kaufmanns Immenkamp, der bekanntlich am 2. Weihnachtsfeiertag in Garmisch einen Kaufmann aus Norddeutschland ermordete und beraubte, wurde am Donnerstag vormittag ½10 Uhr in seinem Bureau in der Münchener Polizeidirektion der Chef der Sicherheitspolizei, Polizeidirektor Joseph Ramer, vom Schlage getroffen. Er war sofort tot. Der Verstorbene, geboren am 11. Mai 1862 in Seßlach, B.-A. Staffelstein, wurde 1890 Bezirksamtsassessor in Vilshofen, 1900 Polizeirat bei der Münchener Polizeidirektion und erhielt 1908 den Titel und Rang eines Regierungsrates. 1918 bekam er den Titel Oberregierungsrat, 1919 wurde er als Chef der Sicherheitspolizei zum Polizeidirektor befördert.

Aufhebung der Verwundetenfreifahrt. Die seit der Kriegszeit bis heute Kriegsverwundeten eingeräumte Freifahrt auf der Straßenbahn soll nunmehr aufgehoben werden. Der Stadtverwaltung sind daraus im Jahre 1922 2,7 Millionen Mark Auslagen entstanden, was die Stadt bei ihrer trostlosen Finanzlage nicht mehr leisten kann. — Das haben wir schon lange erwartet! Wie gnädig von unseren roten Stadtvätern, daß sie unsere armen Kriegsbeschädigten dafür, daß diese Arm und Bein für das deutsche Vaterland, das Crispien und Genossen nicht kennen, opferten, nicht auch noch durch einen besonderen Aufschlag zu den ohnehin wahnwitzig hohen Fahrpreisen bestrafen!

Leiberdenkmal in München. Aus ehemaligen Angehörigen des Leibregiments hat sich schon vor längerer Zeit ein Denkmalsausschuß gebildet und sich emsig mit den Vorarbeiten zur Errichtung eines Ehrendenkmals für die im Weltkriege gefallenen Helden des ehemaligen „K. b. Infanterie-Leib-Regiments“ in München befaßt. Dieser Ausschuß hat nun ein Projekt endgültig genehmigt, das wohl nach jeder Richtung hin allgemeinen Beifall finden wird. Dieses Leiberdenkmal soll am Haupteingang der „Prinz-Arnulf-Kaserne“ (der ehemaligen Leibregimentskaserne) an der Türkenstraße errichtet werden. Das Kasernen-Hauptportal wird mit einer monumentalen Fassade architektonisch-künstlerisch ausgeschmückt und rechts und links des Einganges sollen auf Marmortafeln die Regimentsdaten und die Ehrung der gefallenen Helden verewigt werden. Außerdem ist beabsichtigt, an den Wänden des Durchganges selbst auf Holztafeln die Namen aller 3480 Gefallenen anzubringen. Das Leibregiment konnte noch im Juli 1914 sein hundertjähriges

---

8.

Lanbek irrte, als er die Freunde verlassen hatte, in den Sälen umher; seine Blicke gleiteten unruhig über die Menge hin, sein Gesicht glühte unter der Larve, und mühsam mußte er oft nach Atem suchen, so drückend war die Luft in dem Saale, und so schwer lagen Erwartung, Sehnsucht und Angst auf seinem Herzen. Dichter und stürmischer drängte sich die Menge, als er in die Mitte des zweiten Saales kam; mit Mühe schob er sich noch eine Zeitlang durch, aber endlich riß ihn unwillkürlich der Strom fort, der sich nach einer Seite hindrängte, und ehe er sich dessen versah, stand er an einem Spieltisch, wo Süß mit einigen seiner Finanzräte Karten spielte. Große Haufen Goldes lagen auf dem Tische, und die neugierige Menge beobachtete den berühmtesten Mann ihres Landes und teilte sich flüsternd und murmelnd Bemerkungen mit über die ungeheuern Summen, die er, ohne eine Mine zu verändern, hingab oder gewann.

Gustav hatte den Gewaltigen noch nie so in der Nähe beobachtet wie jetzt, da er, festgehalten durch die Menge, die wie eine Mauer um ihn stand, zum unwillkürlichen Beobachter wurde. Er gestand sich, daß das Gesicht dieses Mannes von Natur schön und edel geformt sei, daß sogar seine Stirne, sein Auge durch Gewohnheit zu herrschen, etwas Imponierendes bekommen haben; aber feindliche, abstoßende Falten lagen zwischen den Augenbrauen, da, wo sich die freie Stirne an die schön geformte Nase anschließen wollte, das Bärtchen auf der Oberlippe konnte einen hämischen Zug um den Mund nicht verbergen; und wahrhaft greulich schien dem jungen Mann ein heiseres, gezwungenes Lachen, womit der jüdische Minister Gewinn oder Verlust begleitete.

Während die Herren, von der Menge umlagert, spielten und auf irgend etwas zu warten schienen, trat ein Mann in der Kleidung eines Bauern aus der Steinlach aus den Reihen der Neugierigen; ein alter Hut auf dem Kopf, eine grobe blaue Jacke, eine rote Weste mit großen Knöpfen von Zinn, Beinkleider von gelbem Leder und schwarze Strümpfe machten sein unscheinbares Kostüm aus; aber er trug eine sehr feine, gutgemalte Larve. Er stützte sich nach Art der Landleute mit der Hand auf den fünf Fuß hohen Knotenstock, legte sein Kinn auf die Hand und sprach in gut nachgeahmten Dialekt des Steinlachtals: „Viel Geld habt Ihr da liegen, Herr! Und habt alles selbst verdient?“

Der Minister sah sich um und bemühte sich, über diese Maskenfreiheit zu lächeln. Vielleicht mochte ihm diese Gelegenheit erwünscht kommen, um sich ein populäres Ansehen zu geben, denn er antwortete freundlich: „Guten Abend, Landsmann.“

„Euer Landsmann bin ich gerade nicht,“ erwiderte der Bauer mit großer Ruhe; „so wie ich tragen sich gewöhnlich die Mauschel nicht.“ Ein unterdrücktes Lachen flog durch die Reihen der Zuschauer. Der Minister schien es aber nicht zu bemerken, denn er fuhr ganz leutselig fort: „Du bist witzig, mein Freund.“

„Gott bewahr' mich, daß ich Euer Freund sei, Herr Süß“ entgegnete der Bauer. „Wär' ich Euer Freund, so ging' ich wohl nicht in dem schlechten Rock und durchlöcherten Hut; Ihr macht ja Eure Freunde reich.“

„Nun, dann muß ganz Württemberg mein Freund sein, denn ich mache es reich“, sagte Süß und begleitete seine Rede mit heiserem, unangenehmem Lachen.

„Ihr seid ein Allerweltsgoldmacher“, entgegnete der Bauer. „Wie schön diese Dukaten sind; wieviel Schweißtropfen armer Leute gehen wohl auf ein solches Goldstück?“

„Du bist ein kapitaler Kerl!“ rief Süß, ganz ruhig weiterspielend.

Als der Bauer zu einer neuen Rede ansetzen wollte, zog eine neue Gestalt die Aufmerksamkeit auf sich. Es war ein Mann, dessen Kostüm beinahe ebenso war wie das des Bauers, nur hatte er einen langen, spitzen Bart am Kinn und trug einen Tressenrock. Der Bauer sah ihn eine Zeitlang verwundert an, schüttelte ihm dann die Hand und rief: „Ei, Hans! Wo kommst du her, und so schmuck und stattlich! Gar nicht mehr wie unsereiner!“

„Das macht,“ erwiderte Hans indem er aus einer silbernen Dose schnupfte, „ich bin bei einem vornehmen Herrn in Dienst getreten.“

„Wer ist denn dein Herr?“ fragte der Bauer.

„Ein Schinder, aber ein vornehmer. Meinst du, er schindet gemeines Vieh, Pferde, Hunde und dergleichen? Nein, ein Leuteschinder ist er, und noch überdies ein Kartenfabrikant.“

„Ein Kartenfabrikant?!“ rief der Bauer.

„Jawohl, denn alle Karten im Lande muß man von ihm kaufen, er stempelt sie; er ist aber auch ein Gerber.“

„Wie das?“

„Nun, alle Gerber im Lande müssen die Häute gegerbt von ihm kaufen; er ist aber auch ein Prägestock.“

„Wie! ein Prägestock?“

„Ja, er macht alles Geld, was im Lande ist.“

„Das ist erlogen,“ sagte der Bauer, „du willst sagen, er macht alles zu Geld, was im Lande ist; aber darum ist er noch kein Prägestock. Es gibt nur einen Prägestock in Württemberg, der dem Lande seinen Namenszug aufgedrückt hat.“

Die Menge hatte bisher nur ihren Beifall gemurmelt, aber bei der letzten Anspielung auf die Münze brach sie in lautes Gelächter aus; die Stirne des Gewaltigen verfinsterte sich etwas, aber noch immer spielte er ruhig weiter.

„Aber warum hast du dir den Bart so spitzig wachsen lassen?“ fragte der Bauer weiter. „Das sieht ja ganz jüdisch aus.“

„Es ist halt so Mode,“ erwiderte Hans, „seit die Juden Meister im Lande sind; bald will ich vollends ganz jüdisch werden.“

Als Hans diese letzten Worte sprach, rief eine vernehmliche Stimme aus dem dicksten Haufen: „Warte noch ein paar Wochen, Hans, dann kannst du gut katholisch werden.“

Wem je der schreckliche Anblick wurde, wie in einer volkreichen Straße, durch Unvorsichtigkeit oder Bedacht entzündet, eine Tonne Pulvers aufspringt, dem bot sich kaum eine so seltsame Szene dar als die, welche diese wenigen geheimnisvollen Worte hervorbrachten. Der Minister, bleich wie eine Leiche, springt vom Sessel auf, er wirft die Karten mit wütendem Blick auf den Tisch: „Wer sagt dies? Greift ihn im Namen des Herzogs!“ ruft er und stürzt, wie von einer unsichtbaren Macht getrieben, auf die Menge; seine Genossen, nicht weniger bestürzt, aber besonnener, ergreifen seinen Arm und ziehen ihn zurück, suchen ihn zu beschwichtigen — sein dunkles Auge will sich durch die Menge bohren, um den Gegenstand seiner Wut zu fassen, die Masken murmeln unwillig und drängen sich; doch als der gefürchtete Mann seine Hand nach dem Bauer ausstreckt und ruft: „So sollst du mir für ihn haften!“, da ist er plötzlich von einer drohenden Menge umringt. „Maskenfreiheit, Jude!“, hört man in dumpfen, gefährlichen Tönen, der Bauer und sein Geselle sind in einem Augenblicke von ihm getrennt, verschwunden, und so schnell, als er vorhin umringt war, ist er wieder verlassen, denn die Menge zerstiebt, von geheimer Furcht gejagt, nach allen Seiten.

Das Gedränge riß Gustav Lanbek mit sich hinweg; seine Gedanken verwirrten sich, es war ihm noch nicht möglich, sich klar vorzustellen, was diesen seltsamen Auftritt verursacht haben könnte. So stand er einige Augenblicke in seinen Gedanken verloren, als er plötzlich seine Hand von einer anderen ergriffen fühlte; er sah sich um, die Orientalin stand vor ihm.

Fortsetzung folg.

Merkwort

„Wahrheit ist ein Hund, der ins Loch muß und gepeitscht wird, während die Schoßhündin Lüge am Feuer stehen und stinken darf.“ Shakespeare, Lear.

Jubiläum feiern, an dem sich 20 000 ehemalige Leiber aus allen Gauen Deutschlands und auch vom Auslande beteiligten. Kurz darauf zog das Regiment ins Feld, und die unvergleichlichen Helden- und Waffentaten, die es unter seinem Führer, dem jetzigen General von Epp, auf allen Kriegsschauplätzen vollbrachte, stehen mit goldenen Buchstaben in der Chronik der unbesiegten bayerischen Armee. Ehemalige Leiber! Spendet reichlich und sammelt eifrig unter euren Bekannten, damit das Leiberdenkmal heuer im Sommer enthüllt werden kann. Auch Holz- und Baumaterialspenden werden dankbar angenommen. Diese sind zu senden an „Bavaria-Lagerhaus, Station München-Ost für Dr. Proebst“. — Auch alle Freunde und Gönner des Münchener Haus- und Leibregiments werden herzlichst gebeten, für das Leiberdenkmal zu spenden. Die Bayerische Vereinsbank München, Maffeistr. 5, und ihre 140 Niederlassungen, nehmen Einzahlungen und Überweisungen entgegen auf das Scheckkonto: „Denkmalsfonds Leibregiment.“

Die Unsicherheit in München. In den letzten Nächten brachen Einbrecher an drei verschiedenen Stellen der Stadt, in der Barer-, Weißenburger- und Schwanthalerstraße, in die Auslageläden von Schuhwarengeschäften ein [illegible] stahlen daraus Waren im Werte [illegible] ¾ Mill. M. — Aus dem Vorgarten eines Anwesens am Goetheplatz wurde eine 1 Meter hohe Bronzefigur im Werte von 50000 M. gestohlen. — Ferner trieben in einem Gasthaus in der Neuhauser Straße Überziehermarder ihr Unwesen, indem sie zwei Überzieher im Werte von zusammen 400000 M. entwendeten. — Festgenommen wurde ein 20 Jahre alter Hilfsarbeiter, der aus einer Schule im Südviertel Türklinken und Bleirohre stahl; weiter ein 15 Jahre alter Metzgerlehrling, der seinen Eltern in Grafenwöhr ein Fahrrad und eine goldene Uhr gestohlen hatte. Beides verkaufte er in München und verpraßte das Geld mit einem Mädchen. Außerdem entwendete er seiner in München wohnhaften Tante einen großen Geldbetrag. — Endlich verhaftete die Polizei auch ein 30 Jahre altes Dienstmädchen, das seiner Herrschaft, einer Fabrikdirektorsfamilie in Markt-Redwitz, wertvolle Porzellanfiguren geklaut hatte. — Gestohlen wurden noch in der Kaulbachstraße zwei Metzeler-Autoreifen „Gummigleit“ im Werte von je 350000 M. Außerdem kamen auch noch mehrere Betrügereien vor, die sich um geringere Beträge handelten. Man sieht also, wie in immer breiteren Schichten der Bevölkerung die sittliche Verrottung unter den gegenwärtigen grauenhaften Zuständen um sich greift.

Verhafteter Kirchenräuber. Am 20. Januar erschien in einer Münchener Goldankaufsstelle ein 20 Jahre alter Kellner und verkaufte 2 Kilo Bruchgold um 400000 M. Als der Käufer das Gold genauer besichtigte, bemerkte er, daß es sich bei dem Bruchgold um zerschlagene Kirchengeräte handle, weshalb er die Polizei in Kenntnis setzte, die den Kellner, als er wieder mit Bruchgold kam, festnahm. In der Wohnung des Kellners wurde eine Reihe Kirchengeräte gefunden, ebenso Einbruchwerkzeuge. Die Sachen stammten von zwei Kirchenrauben in Epfach bei Schongau her und hatten einen Wert von über einer Million Mark. Der Verhaftete gestand den Diebstahl. Die anderen gefundenen Sachen dürften vom Kircheneinbruch in Antdorf bei Weilheim stammen, wo für 3 Millionen Mark Sachen gestohlen wurden. Diesen Diebstahl leugnet der Kellner.

Villeneinbrüche. Die Einbrüche in Villen und Blockhäuser nehmen in letzter Zeit wieder sehr überhand. So wurden aus einer Villa in Unterschondorf am Ammersee Ölgemälde im Werte von 285000 M. gestohlen. Bei einem Blockhauseinbruch in Odenstockach bei München nahmen die Diebe das ganze Küchengeschirr im Werte von 115000 M. mit.

Erhöhung der Fahrradeinstellgebühren. Die Gebühr für Fahrradeinstellung im Rathaus, Schlachthof und sonstigen städtischen Gebäuden wurde von 20 auf 50 Mark erhöht.

Neurologische Abteilung im Krankenhaus r. d. Isar. Ein Amerikaner hat seinerzeit den Betrag von 12 Millionen Mark gestiftet zur Behandlung nervenkranker Kriegsteilnehmer (Heckscher Stiftung). Diese Mittel ermöglichen es, daß jetzt im städtischen Krankenhaus r. d. Isar eine Neurologische Abteilung mit rund 100 Betten eingerichtet werden kann.

Die Pfandleihanstalten erhöhen ab 1. März ihre Gebühren, und zwar: die Pfandleihgebühr auf mindestens 36 Prozent mit der Möglichkeit der Erhöhung in besonderen Fällen auf 40 Prozent. Die übrigen Gebühren werden verdoppelt, die Schätzungsgebühr erhöht sich um die Hälfte. Die Versteigerungsgebühr bleibt vorerst unverändert.

Unglücksfall und Selbstmordversuch. In seiner Wohnung an der Ganghoferstraße hantierte am Mittwoch abend ein 17 Jahre alter Kaufmann mit einem geladenen Revolver, der sich entlud. Das Geschoß drang ihm in den linken Arm und verletzte ihn schwer. — Mittwoch nachts wurde in ihrer Wohnung an der Unteren Weidenstraße eine 28 Jahre alte Filmschauspielersehefrau bewußtlos aufgefunden. Sie wollte sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben nehmen. Ursache unbekannt.

Jüdische Rechtsanwälte. Aus unserm Leserkreise wird uns folgender unglaublicher Vorfall berichtet: Meine Frau begab sich am 5. d. M. auf die Kanzlei der jüdischen Rechtsanwälte Bloch I und Koblenzer, Prielmayerstraße 12, um für mich 15000 M. in einer Streitsache zu bezahlen. Da sie noch andere Besorgungen zu erledigen hatte, fragte sie nach etwa halbstündiger Wartezeit den Rechtsanwalt Bloch, der den Akt durchsah, ob es noch lange dauern würde, worauf sie folgende barsche Antwort erhielt: „Herr St. hat unehrenhaft gehandelt und uns ein Jahr mit der Zahlung warten lassen. Nun müssen Sie ebenfalls warten!“ Darüber empört, erwiderte meine Frau: „Ja, diese jüdischen Rechtsanwälte!“ Kaum hatte sie dies gesagt, stürzte sich Bloch auf meine Frau und schrie: „Raus!“ Im nächsten Augenblick tauchte auch Koblenzer auf, und diese beiden herkulisch gebauten Männer packten meine Frau und warfen sie im buchstäblichen Sinne des Wortes zur Türe hinaus. Meine Frau kann noch von Glück sagen, daß sie nicht die Treppe hinunterstürzte.

Kroatische Arbeiter. Der hier angehaltene Transport kroatischer Arbeiter und Bauhandwerker hat die Erlaubnis zur Weiterreise erhalten, da es sich herausgestellt hat, daß die Leute nicht nach dem Ruhrgebiet, sondern nach Verdun bestimmt sind.

Ausländerunverschämtheit. In das Kapitel über das freche Auftreten uns feindlicher Ausländer in München wird uns aus unserem Leserkreise berichtet, daß ein in der Kanalgasse wohnender tschechischer Schneider, der angeblich schon seit dreißig Jahren hier sein Brot verdient, nachts im Stiegenhaus brüllte: Wo ist der deutsche Hund, daß ich ihn niederstechen kann! Alle deutschen Hunde sollen verrecken! Und andere Beschimpfungen der Deutschen mehr. Gegen diesen angenehmen Ausländer ist nun die wohlverdiente Anzeige bei Gericht erstattet worden. Solche Burschen gehören mit beschleunigter Geschwindigkeit über die Grenze befördert zu werden.

Kleinhandelspreise für Lebensmittel. Es wurden nach den letzten Notierungen in den städtischen Markthallen bezahlt: Rindfleisch 2100—2800, Kalbfleisch 2000—2800, Hammelfleisch 2800 bis 3300, Schweinefleisch 3500—3850, Schellfisch 1600—2000, Gr. Heringe 1000—1500, Molkereibutter 6700 bis 7000, Margarine 3000—5000, Schmalz 6400—6900, Rindertalg, ausgel., 5000 bis 5250, Pflanzenfett, lose, 4000 bis 5000, Speisekartoffeln 28—34, Mohrrüben 40—46, Echte Teltower 90—100, Wirsingkohl 120—130, Weizenmehl 800 bis 900, Zucker 400—450, Bohnenkaffee, ger., 7000—11 200, Tee 7000 bis 11 800, Kakao 1700—3500, Suppenhühner 2200—3500, Puten 2400 bis 3500, Wildkaninchen 1000 M. à Pfd. Eier 350—370 M. pro Stück.

Vom Schlachtviehmarkt. Der Fleischgroßmarkt am Donnerstag, den 8. Februar, war mit 673 Rindern nur mäßig besetzt. Hauptsächlich war wieder Mittelware vorhanden. Infolge mangelhafter Zufuhr erhöhten sich die Großhandelsfleischpreise gegen den letzten Montag um 6—800 M. für das Pfund. Die Zahlen bewegten sich nach Qualitäten von 1500—3000 M. für das Pfund. Infolgedessen drückte der Geschäftsgang mit mittelmäßigen Restbeständen. Mindere Qualitäten waren diesmal ausnahmsweise leichter verkäuflich als gute.

Privileg. Feuerschützengesellschaft „Der Bund“ in München. Samstag, den 10. Februar 1923, veranstaltet obengenannte Gesellschaft im Saale des Münchener-Kindl-Kellers einen vaterländischen Schützenabend zugunsten unserer schwerbedrängten Brüder im Ruhrgebiet. Saaleröffnung 6 Uhr, Beginn ½8 Uhr. Die Schützengesellschaft bittet alle Schützenkameraden, sowie deren Freunde und Gönner mit Familienangehörigen um regste Unterstützung und recht zahlreiche Teilnahme.

Lehrfilmvorführung der Arbeitsgemeinschaft Bayerische Landesstelle für gemeinnützige Kunstpflege, G. m. b. H., und Bayerische Lichtbildstelle, München, Prinzregententheater, am Sonntag, den 11. Februar 1923, um 11 Uhr vormittags. **Spielplan: Regina-Lichtspiele**, Kaufinger Straße: Deutscher Großgärtnereibetrieb und Samenbau; Der Struwelpeter. — **Odeons-Lichtspiele**, Herzogstraße: Vom Roheisen bis zum Feinblech; Oberammergau im Zeichen des Passionsspiels; Der Fischer und seine Frau (Märchenfilm). — **Fern-Andra-Lichtspiele**, Nymphenburger Straße: 1. Die Seidenraupenzucht; 2. In den Kalksteinbrüchen; 3. Der Lehrsatz von den Dreieckswinkeln; 4. Gartenbau; 5. Das Wunderei (Scherzfilm). — **Eintrittspreise:** 40, 60, 80, 100 M.

Die Abfindung der Wittelsbacher

Die Regierungsvorlage über die Abfindung des Hauses Wittelsbach ist dem Bayer. Landtage zugegangen; sie besteht aus einem Gesetzentwurf und einem Übereinkommen nebst eingehender Begründung. Das Zentralproblem, das sowohl von staatlicher Seite als vonseiten der Wittelsbacher in ausführlichen Schriftsätzen der Gutachter untersucht worden ist, bildet die Verneinung oder Bejahung des Anspruches der Mitglieder des Königshauses auf Leistungen aus den Vermögenswerten, die durch die Umwälzung im November 1918 in das Gewahrsam des Staates gekommen sind. Da in Bayern die Zivilliste nicht auf dem Gedanken der standesgemäßen Ausstattung des Thrones mit Mitteln aus dem Vermögen der Allgemeinheit, sondern auf der Tatsache beruhte, daß der erste bayerische König bei Erlaß der Verfassung von 1818 das gesamte Wittelsbacher Hausvermögen dem Staatsgut einverleibte, so daß die Zivilliste gewissermaßen die Rente für diesen Rechtsübergang darstellt, mußte die staatliche Leistungspflicht bejaht werden. Die Schwierigkeiten, nach so langer Zeit den Umfang und den Wert der ehemaligen Kammergüter genau festzustellen sowie die Unmöglichkeit, bei der heutigen Geldentwertung eine zuverlässige Abgrenzung der Verpflichtungen zu erreichen, führten einmal zu einer schiedlich-friedlichen Austragung der ganzen Frage und weiterhin zu einer Lösung, die dem Königshause Bargeld und Sachwerte zuteilt und einen Wittelsbacher-Ausgleichsfond schafft, dessen Vermögen der Auseinandersetzungsvertrag ausweist und aus dem die Nutzungen zugunsten der Mitglieder des Königshauses fließen. **Beim Aussterben der Familie fällt das Fondsvermögen an den Staat**, der außer diesem Heimfallsrecht, auch ein Verkaufsrecht besitzen soll.

Das Vermögen des Fonds besteht aus einem Barkapital von 40 Millionen Mark, weitere 20 Millionen Mark fließen den Mitgliedern des Königshauses unmittelbar zu, ferner aus Grundbesitz von rund 9000 Hektar, darunter 6900 Hektar Waldungen in den Forstamtsbezirken Neuburg-Ost, Kaisheim, Stammbam und Münchsmünster, 2000 Hektar landwirtschaftlichen Besitz in Bergstetten und Fürstenfeldbruck und 100 Hektar bei verschiedenen Besitzungen in und außerhalb Münchens. Stichtag für den Übergang der Nutzungen und Lasten auf den Fonds ist der 1. April 1922. Der Fonds enthält außerdem das Fischereirecht in einigen Gewässern im Berchtesgadener Land, Wohnrechte im Südflügel des Würzburger und im Mittelbau des Nymphenburger Schlosses; auch wird ihm eine Anzahl von Gegenständen aus den Sammlungen zugeführt, bei denen das familiengeschichtliche Interesse und der persönliche Erinnerungswert die kunstgeschichtliche und historische Bedeutung überwiegt.

Die aus dem Wittelsbacher Hausbesitz stammenden Sammlungen werden einer vom Chef des Hauses zu errichtenden Wittelsbacher Landesstiftung für Kunst und Wissenschaft überwiesen. Die von König Ludwig I. erworbenen Kunstschätze, die Privateigentum des Kronprinzen Rupprecht geworden sind, werden dem Ausgleichsfonds zu dauerndem, öffentlichem Gebrauch überwiesen. Die Landesstiftung umfaßt die Handschriftensammlung der ehemaligen Hofbibliothek in der Staatsbibliothek, die Kunstschätze der kurbayerischen Galerie in der alten Pinakothek, der Mannheimer und Zweibrückener Galerie, wichtige und zahlreiche Stücke des Nationalmuseums, der staatlichen Münzsammlung, der Schatzkammer und des Porzellankabinetts in der Münchener Residenz. Die Glyptothek wird dem Staat ohne Vergütung übereignet. Die Bestände des Hausarchivs werden bei freier Benützung Eigentum des Ausgleichsfonds. Im Nationaltheater und Residenztheater erhalten die Mitglieder des Königshauses je eine Loge eingeräumt.

Die Streitfrage nach dem Eigentumsrecht an den Liegenschaften des Königs Otto scheint gleichfalls gelöst. Dieser Besitz wird zwischen Staat und Ausgleichsfonds aufgeteilt. Dem Staate fallen zu: Herreninsel im Chiemsee mit Königsschloß und der sonstige Besitz im und am Chiemsee, Schloß Linderhof mit Wald, Neuschwanstein, die Maximiliansanlagen in München, ferner eine Reihe von Jagdhäusern im Gebirge. Dem Ausgleichsfonds fallen zu: Schloß Hohenschwangau, die Parkanlagen in Feldafing, die Roseninsel im Würmsee, die Maxburg bei Hambach in der Pfalz, Grundstücke bei Ettal, Eschenlohe und Schwetzen, das Gärtnertheater in München und Schloß Fürstenried. Je nach dieser Ausscheidung werden auch die Beamten von einem der beiden Vertragsteile übernommen; dem Staate fallen außerdem die Versorgungsbezüge der vormaligen Beamten des Hofmarschallamtes und der Fondskasse des Königs Otto zur Last.

Die Beratung der Vorlage wird alsbald im Haushaltsausschuß erfolgen. Es ist anzunehmen, daß sich keine neuen Schwierigkeiten ergeben werden, so daß in absehbarer Zeit mit der Erledigung gerechnet werden kann.

Bayern

Des „Saengers“ Klage

Im Staatshaushaltsausschuß des Landtags hat die Beratung des Justizetats begonnen, die den Marxisten stets eine erwünschte Gelegenheit gibt, ihre auf die Zerstörung der Grundlagen des Staates gerichtete Feindschaft gegen die Rechtspflege offen zu enthüllen. Dabei wird immer irgendein Vorwand benützt, um der bei bei diesen Herrschaften besonders verhaßten bayerischen Justiz, für die wir aus anderen Gründen auch noch nicht viel übrig haben, am Zeug zu flicken, und um den Vorwurf der Klassenjustiz immer wieder mit einem Schein von Recht erheben zu können. Einmal sind es die Niederschönenfelder Räterepublikaner, ein anderes Mal die Zuchthäusler Fechenbach und Genossen, die den Beweis für die „Volksfeindschaft“ und klassenmäßig eingestellte Grundanschauung der bayerischen Richter liefern müssen. Dieses Mal will der Sprecher der Sozialisten, Alwin Saenger, wohl die nationale Bewegung aufs Korn nehmen. Wenigstens deutet darauf sein Versuch hin, die Art und Weise, in der Hitler und andere Nationalsozialisten in Stadelheim untergebracht waren, ferner die Sturmabteilungen und das Vorgehen Hitlers bei der Fahnenweihe zum Gegenstand einiger Anfragen an den Justizminister zu machen. Saenger behauptete, in Stadelheim seien von den Nationalsozialisten Flugblätter verteilt worden! Schaudervoll! Höchst schaudervoll! Darüber regen sich genau dieselben Leute auf, die die Flugblätterverteilung schon vor sieben Jahren auf das ausgiebigste betrieben haben, die sogar im Weltkriege die Moral des Heeres durch ihre Flugblätterlügen zu vergiften wußten! Wenn aber wir auf dieselbe Weise das wahre Gesicht der Sozialdemokratie zeigen, dann werden die roten Volksbetrüger giftig und laufen zum Kadi.

Justizminister Gürtner erwiderte, die Nationalsozialisten seien in Stadelheim in den gleichen Räumen untergebracht gewesen, die früher die Herren Sozialisten und Kommunisten bewohnt haben, worauf sich der Saenger in diesem Punkt zufrieden gab. Der Ankündigung des Ministers, daß gehorsam dem Saengerschen Geheiß geprüft werden soll, ob durch die nationalistischen Sturmtrupps und durch die Fahnenweihe auf dem Marsfeld die Strafgesetze verletzt worden seien, brauchen wir nichts anzufügen. Es ist nur bemerkenswert, daß niemand ärger nach dem Strafrichter schreit als die Marxisten, die in der Vergangenheit das ganze Institut der Rechtspflege für sich ablehnten und deren einer, der Herr Levien, in der Revolution das Wort aussprach: Wir brauchen keine Staatsanwälte mehr. **Saenger hat dem Minister dringend ersucht, doch ja dem gefährlichen Hrn. Hitler den Prozeß machen zu lassen, und er hat sein schmalziges Bedauern darüber ausgedrückt, daß der „Hochverräter“ Hitler noch immer frei herumgehen kann. Das wagt ein Vertreter einer Partei, die den Hochverrat im November 1918 so meisterlich ins Werk gesetzt hat und die jederzeit aus internationalen Rücksichten zu neuem Hochverrat an den Volksgenossen bereit ist.**

Der Justizetat ist übrigens heute vom Haushaltsausschuß des Landtags erledigt worden. Dabei wurde noch ein Antrag angenommen, wonach die Regierung erwägen soll, ob nicht alsbald die gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann, die der Rechtsanwaltschaft die Errichtung einer Versorgungsanstalt für dienstunfähige Rechtsanwälte ermöglicht. — Selbstverständlich mit zwei Küchen; in der einen würde „trofer“ und in der anderen „koscher“ gekocht werden.

Dann wurde ein Antrag angenommen, wonach die Regierung erwägen soll, den Gemeinden durch Lieferung verbilligten Holzes entgegenzukommen, in denen die Herstellung der Särge organisiert und der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird. Damit sollen die Bestattungskosten ermäßigt werden. Die Regierung stimmte dem Antrag zu.

Ferner wurde noch ein weiterer Antrag angenommen, der sich gegen eine Begünstigung der Genossenschaften bei der Umsatzsteuer richtet.

Gegen die Dezentralisation

Bekanntlich hat der Landtag vor einiger Zeit beschlossen, daß eine durchgreifende Dezentralisation des Flurbereinigungsdienstes stattfinden soll, und daß zu diesem Zweck eine Anzahl neuer Flurbereinigungsämter in der Provinz errichtet werden soll. Nun haben die Beamten des Flurbereinigungsdienstes Eingaben an den Landtag gerichtet, man solle die Dezentralisation auf einen für die Beamten günstigeren Zeitpunkt verschieben. Es handelt sich nämlich um die Versetzung von 100 Beamten aus München nach den neuen Flurbereinigungsämtern Bamberg, Ansbach und Neustadt a. H.

Im Haushaltausschuß des Landtags fand heute eine lange Aussprache über dieses Verlangen statt. Die Regierung wandte sich ganz entschieden gegen das ungewöhnliche Vorgehen der Beamten und erklärte, daß sie einen einstimmigen Landtagsbeschluß vollzogen habe, daß in Bamberg bereits tadellose Beamtenwohnungen bezugsfertig sind, daß die Beschleunigung der Flurbereinigungsarbeiten dringend notwendig sei, und daß ihre Autorität gegenüber den Beamten es nicht dulde, wenn die gefaßten Beschlüsse wieder rückgängig gemacht werden. Der Ausschuß kam zu dem Ergebnis, daß über die Eingaben zur Tagesordnung übergegangen wurde.

Was geht in Bayern vor?

Aus Münster wird uns geschrieben: Unter dieser Überschrift beschäftigt sich ein Leitartikel des „Münsterischen Anzeigers“ (Nr. 53) mit der nationalsozialistischen Bewegung, der deswegen nicht unwidersprochen bleiben darf, weil durch ihn der in der heutigen Notzeit allmählich erwachende politische Instinkt des deutschen Volkes abermals auf Irrwege gelockt werden soll. Der in geschickter Aufmachung zum Ausdruck kommende Gedankengang beginnt mit der Feststellung, die nationalsozialistische Bewegung sei durch „die faszinierende Persönlichkeit“ eines Hitler in Gang gebracht worden, dessen „großes, unbestreitbares Verdienst“ es sei, „vaterländischen Geist in die Arbeitermassen getragen zu haben“. Nun sollte man meinen, das wäre allein schon eine Tat, die es verdient, daß man den Gründen ein wenig nachgeht, die sie allererst möglich gemacht haben, um aus ihnen zu lernen, wie man es anfangen muß, wenn man den deutschen Arbeiter aus den Fesseln des marxistisch-internationalen Gedankens endgültig befreien will. In der Tat liegen diese Gründe gerade heute, nach den neuerlichen Vorgängen in Bayern, offen zu Tage. Hitlers Persönlichkeit als bedeutende Führergestalt ist der eine Grund, und der andere liegt darin, daß Hitler in Wort und Tat das Tiefste der deutschen Volksseele berührt und dort die idealistischen, sittlich-emporstrebenden, befreienden Kräfte zu neuem Leben wachgerüttelt hat. Mit demagogischen Mätzchen ist eine vaterländische Volksbewegung von dem Umfange der nationalsozialistischen nicht zu entfachen, denn solche verfangen nur, wenn man sich an die niederen Instinkte der Massen wendet. Auch persönlicher Ehrgeiz und Machtkitzel sowie engherziger parteipolitischer Egoismus, wie sie dem nationalsozialistischen Führer in der üblichen Manier mit „vielleicht“ und sonstigen verklausulierten Einschränkungen in dem genannten Artikel vorgeworfen werden, würden nur dazu gedient haben, Hitler den Zugang zum Herzen des bayerischen Volkes zu versperren; denn einmal, wie in Bayern, wachgerüttelt, ist vaterländischer Volksinstinkt gerade in diesem Punkte äußerst empfindlich. Allein die Tatsache also, daß der in den letztvergangenen Tagen in München abgehaltene Nationalsozialistische Parteitag nicht, wie der Leitartikler des „Münsterischen Anzeigers“ seine Leser glauben machen will, dazu beigetragen hat, „manche seiner Anhänger an Hitler irre werden“ zu lassen, sondern daß genau das Gegenteil in überaus großartiger und erhebender Weise eingetreten ist, — allein diese Tatsache ist ein bündiger Beweis dafür, daß der nationalsozialistische Führer auch diesmal von engherzigem Parteiegoismus sich freigehalten und statt dessen, unbekümmert um die Folgen und unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit, der edleren, nach unbeugsamer Festigkeit geradezu dürstenden, heldenhaften Seite der deutschen Volksseele zum Ausdruck verholfen hat. Hitler ist eben nicht nur ein „faszinierender“, sondern auch ein durch und durch wahrhaftiger, und vor allem ein unbeugsamer, mutiger Mann, der es gewagt hat, zunächst einmal in sich selbst durch rücksichtslose Absage von allem innerlich unehrlichen Kompromißlertum und aller engherzigen, durch und durch undeutschen politischen „Taktik“ der ungeschminkten Wahrhaftigkeit zum Siege zu verhelfen. Nur auf diesem Wege erwarb er sich die Berechtigung und die Befähigung, für seine Volksgenossen ein Verkünder und Bahnbrecher der Wahrheit zu sein, derjenigen Wahrheit, die allen halben Naturen so unangenehm „extrem“ in den Ohren klingt, weil sie zu äußerster Entschlossenheit und zu rückhaltlosem Einsatz der ganzen Persönlichkeit ohne jeden Kompromiß auffordert. Aus solcher Gesinnung heraus hat er heute den Mut, das beliebte Schlagwort von der „vaterländischen Einheitsfront“ als unwahrhaftig an den Pranger zu stellen und ebenso diejenigen, die es ständig im Munde führen, wenn sie ihre Scheu vor ganzen und entschiedenen Maßnahmen zu beschönigen suchen.

Aus der Bewegung

Ortsgruppe Augsburg. Jeden Donnerstag Sprechabend im „Pelikan“ bei der Jakobskirche (Jakobivorstadt). Wir bitten die Parteigenossen von Augsburg, an jedem Sprechabend vollzählig zu erscheinen. Anhänger unserer Sache sind herzlich steingeladen.

Ortsgruppe Freising. Sprechabende finden jeden 2. und 4. Dienstag im Monat in unserem Parteilokal, Gasth. „Paradies“, statt. Gäste sind willkommen.

Ortsgruppe Kempten. Sprechabende finden jeden Freitag, 8 Uhr, im Restaurant „zur Kreuzstraße“ statt. Anschriften an Max Seiderer, Kempten, Nr. 21.

Ortsgruppe Ulm-Neu-Ulm. Jeden Montag, abends 8 Uhr, Sprechabend im „Schiff“, Neu-Ulm. Erscheinen unbedingt Pflicht. Postsendungen sind zu richten an Postfach 15, Neu-Ulm.

Ortsgruppe Berchtesgaden. Sprechabende finden jeden 2. und 4. Samstag im Monat im Bräustübl statt.

Ortsgruppe Regensburg. Sprechabende finden jeden Dienstagabend im Restaurant „Ostenallee“ (Minoritenstraße) statt. Mitbringen von Gästen ist Pflicht der Mitglieder.

Ortsgruppe Passau. Jeden Sonntag zwangloses Zusammensein am Stammtisch.

Ortsgruppe Lindau. Sprechabend jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat im Nebenzimmer der August Schlechterschen Brauerei.

Weißenburg in Bayern. Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Sprechabend im Gasthaus „Zu den drei Mohren“.

Ortsgruppe Erlangen. Jeden Mittwoch abends, pünktlich 8 Uhr, Sprechabend im „Goldenen Herz“. Erscheinen sämtlicher Parteigenossen ist Pflicht. Jeden 1. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung, an den übrigen Sprechabenden sind Gäste mitzubringen!

Ortsgruppe Forchheim. Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat Sprechabend im „National“. Erscheinen Pflicht aller Parteigenossen. Unentschuldigte haben Ausschluß zu gewärtigen. Gäste sind mitzubringen.

Ortsgruppe Zuffenhausen (Württ.). Sprechabend jeden Dienstag im Gasthaus „Zur Eisenbahn“ (Nebenzimmer).

Ortsgruppe Stuttgart. Die Sprechabende finden jetzt regelmäßig jeden Freitag im „Reichshof“, Tübinger Straße 17 B, hinteres Nebenzimmer, statt. Anschriften sind nach dort zu richten.

Zweibrücken. Jeden Dienstag, 8 Uhr abends, Sprechabend in der Eremitage.

Ortsgruppe Markneukirchen. Sprechabend von jetzt ab jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“. Gäste stets herzlich willkommen.

•

Der Völkische Rechtsblock in Bayern hält die in der letzten Woche verbotene öffentliche Versammlung nunmehr morgen Freitag, den 9. Februar, abends halb 8 Uhr, im Festsaale des Hofbräuhauses ab. Es spricht Oberst von Xylander über: „Einheitsfront — gegen wen?“ Bei starkem Besuch wird eine Parallelversammlung mit dem gleichen Redner abgehalten.

Der Feldzug der Verleumdung

Die verständnisinnige Freundin des „Berliner Tageblatt“, die „Volkswacht“ in Regensburg, hat den Sinn der Anfrage ausgezeichnet verstanden, und schrieb am 5. Februar: „Arbeiter riecht ihr den Braten, die „Arbeiterpartei“, die sich als deutsch aufspielt, die andere „Novemberverbrecher“ und „Verräter am deutschen Volk“ schimpft, bis heute aber sich nicht darüber ausließ, wer ihr die Summe von 25—30 Millionen französischer Franken zusteckte?“

Damit hat das marxistische Organ eine bestimmte Behauptung aufgestellt. Wir haben unseren Rechtsvertreter beauftragt, eine Klage einzureichen.

•

Im „Wendelstein“ und im „Rosenheimer Anzeiger“ erschienen unter dem Titel „Hakenchristentum“ einige Aufsätze, gegen den Nationalsozialismus und einige Parteigenossen gerichtet.

1. Die Nationalsozialisten sollen „das vierte Gebot Gottes“ als unsittlich bezeichnen. — Vater und Mutter zu ehren galt bei allen unseren Vorfahren als selbstverständlich, noch ehe die Juden es von den anderen Völkern als Gebot aufgenommen hatten. Aber allerdings ist der jüdische Zusatz unsittlich, denn wenn ich meine Eltern ehren soll, damit es mir wohlergehe auf Erden und ich lange lebe, so ist das eine grobe Materialisierung, die jeder Deutsche sofort empfindet, wenn er einmal auf den Charakter dieser Worte aufmerksam geworden ist.

2. Die Nationalsozialisten sollen die „Zehn Gebote Gottes“ überhaupt verwerfen, weil sie Verbote seien. Schon Goethe hat den Gedanken ausgesprochen, daß es unsittlich sei, die Kinder etwa das Versprechen, nicht die Ehe zu brechen, nicht zu stehlen, nicht zu töten usw. hersagen zu lassen, denn das Kind denke doch gar nicht an solche Dinge und werde direkt dazu gezüchtet, sich zu früh mit Fragen zu beschäftigen, deren Lösung in ein reiferes Alter gehören. Und tatsächlich sind die zehn Gebote ja nicht positive sittliche Forderungen, sondern bloß Verbote unsittlicher Dinge.

3. Wir sollten die „alttestamentlichen Offenbarungen“ bekämpfen! — Selbstverständlich! Wir bitten alle Deutschen, etwa im Buch Mosis die Kapitel 12, 26, 38 usw. zu lesen, Zuhälter- und Hurengeschichten schlimmster Sorte, die jeder, der sich heute über uns erbost, als Pornographie bezeichnen würde, wenn sie unter anderem Namen erschienen wären. Wir sind gegen das volksausbeutende Judentum zu kämpfen solange nicht in der Lage, solange wir es selbst zu unserem Orakel ernennen, solange wir noch aus den Erzgaunergestalten Erzväter machen. Gegen die Zuhältermoral der Abraham, Isaak und Jakob wollen wir unser Volk schützen ebenso wie gegen die Weiterentwicklung derselben im Talmud, wo Christus als „Unzuchtstier“, „Hurensohn“ usw. geschildert wird. Wer hier nicht mit uns geht, schützt das Judentum. Der konfessionelle Antisemitismus hat uns nicht geholfen, wir brauchen die völkische Abwehr, hier haben alle Deutschen zusammenzuhalten.

Was die Artikelschreiber sonst verzapfen, bezieht sich auf Schriften eines Parteigenossen über historische und weltanschauliche Fragen, welche die Partei als solche nichts angehen. Die nationalsozialistische Bewegung ist keine Inderkongregation und kein Konsistorialratskollegium und muß geschichtlicher Forschung freien Raum lassen. Als Partei hat sie sich mit Bibelexegese weiter nicht zu befassen und muß es als demagogischen Trick bezeichnen, persönliche Anschauungen gegen die Partei auszumünzen. Mit demselben Recht könnten wir dann die Tat des Dr. Heim, des Patentchristen, der in eine jüdische Wucherinstitution als Aufsichtsrat eintritt, der katholischen Kirche als solcher zur Last legen. Damit sind für uns die verdrehten Angriffe erledigt. Man glaube doch nicht, die Freiheitsbewegung des deutschen Volkes durch derlei Hintertreppenpolemik abwürgen zu können.

Zur Frage des Beamtentums

Berichtigung

Unwahr ist, daß ich erklärt habe: „Die Inflation ist eine Folge der Unproduktivität der Staatsbetriebe.“

Wahr ist, daß ich gesagt habe: „Es besteht kein Zweifel darüber, daß die heute von den verschiedenen Parteiregierungen in Deutschland betriebene Beamtenpolitik, d. h. die Auswechselung des alten Berufsbeamtentums durch ein neues, von keiner Sachkenntnis beschwerten Parteibeamtentums, die Staatsbetriebe größtenteils unproduktiv gestaltet. Die heutige Parteibeamtenwirtschaft, d. h. die Vetternwirtschaft, die wir seit Jahr und Tag in Deutschland beobachten können, muß mit eiserner Strenge beseitigt werden.“

Unwahr ist, daß ich gesagt habe: „Die Pensionen müssen aufgehoben werden.“

Wahr ist dagegen, daß in Punkt 15 des Programms der nationalsozialistischen Bewegung gefordert wird: „Ein großzügiger Ausbau der Altersversorgung; nicht nur für das Berufsbeamtentum, sondern auch für alle übrigen deutschen Staatsbürger, die ihre Arbeitsdienstpflicht erfüllt haben.“

Wahr ist allerdings weiter, daß ich erklärt habe: „Es ist nicht angängig, daß Staatsbeamte im besten Alter mit ungeschmälerter Arbeitskraft einfach ohne weiteres in den Ruhestand versetzt werden und somit der Volksgesamtheit zur Last fallen, nur deshalb, weil diese Beamten einer gewissen öffentlichen Meinung ihrer Gesinnung wegen unbequem waren. Altersversorgungen, d. h. Pensionen dürfen nur bezahlt werden an wirklich dienstunfähige Beamte.“

Unwahr ist, daß ich jemals irgendwie an dem obersten Grundrecht des Beamten, der Unwiderruflichkeit, zu rütteln versuchte.

Wahr ist dagegen, daß ich nicht nur bei jeder Gelegenheit das deutsche Beamtentum in seiner Pflichterfüllung als vorbildlich hingestellt habe, sondern auch stets die Grundrechte des Berufsbeamtentums gegen die Übergriffe und Benachteiligungen durch die von den Regierungen vieler deutscher Länder gepflogene Beamtenpolitik verteidigt habe.

Gezeichnet:

Adolf Hitler.

Bayerische Rundschau

Starnberg. (Ein Wackerer.) Dem Polizeileutnant Aug. Schmid bei der Landespolizei in Nürnberg, wurde für seine bei Ammerland vollbrachte Rettung der Hausdame Käthi Singer und der Schülerin Hilde Hagen vom Tode des Ertrinkens, die Rettungsmedaille verliehen.

Oberstreu (Ufr.). (Eine beispielgebende Hochzeitsfeier) veranstaltete ein hiesiges, vermögendes Brautpaar. An Stelle des üblichen üppigen und geräuschvollen Hochzeitsfestes erhielt jede arme und minderbemittelte Familie des ganzen Dorfes Kuchen, Brot und andere Nahrungsmittel.

Dillingen. (Ein Opfer der Erfüllungspolitik.) Aus Verzweiflung in den Tod gegangen ist der 68 Jahre alte Waldarbeiter Josef Ezzel, der sich im Dachgeschoß seiner Wohnung erhängt hat. Die Veranlassung zu dieser Tat wird allgemein in Nahrungssorgen des armen alten Mannes erblickt.

•

Schulbüchersammelstelle. Unsere Schulbüchersammlung (Geschäftsstelle des „Beobachter“, Thierschstraße 15) für die Auslandsdeutschen hat bereits guten Erfolg gezeitigt. Wir danken den edlen Gebern auf das herzlichste! Die Sammlung wird bis 1. März fortgesetzt; auch guter Lesestoff anderer Art wird mit Dank angenommen. Der Ausschuß der Parteiortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande: Singer.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Einfluß der Ruhrbesetzung

Der fein angelegte Schachzug des Weltkapitals gegen Deutschland beginnt seinen Erfolg zu zeitigen. Wer die politischen Ereignisse der letzten Vergangenheit verstehen will, muß sich immer vor Augen halten, daß die jüdische Hochfinanz eine Forderung des Versailler Diktats als die wichtigste ansehen muß: „daß das deutsche Steuersystem verhältnismäßig genau so drückend ist wie das irgendeiner anderen in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Macht“. (Versailler Vertrag Teil VIII, Anlage II, § 12 b.) Das heißt eben, daß Deutschlands Arbeit so stark belastet werden soll, wie die Arbeit der anderen Länder bereits vor dem Kriege für das Finanzkapital belastet war. Deutschland war vor dem Kriege der gefürchtete Konkurrent der Industrie anderer Länder, weil die anderen infolge hohen Zinsendienstes an das Weltkapital teurer arbeiteten. Damit aber wurde die Rente gefährdet, die das Weltkapital aus den abhängigen Ländern zog, und der Krieg mußte ausbrechen, damit Deutschland in die allgemeine, gleiche Weltverschuldungsdemokratie einbezogen werden konnte. Alles, was wir seither an Peinigungen, Elend und Raub über uns haben ergehen lassen müssen, einschließlich der absichtlichen Zerrüttung unserer Finanzen, ist nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen. Und nicht zuletzt ist es der Einmarsch ins Ruhrgebiet, der Deutschland auf dem Wege zur Versklavung seiner Arbeit wieder ein Stück abwärts bringen soll.

Noch in der Zeit, als die Annahme des Londoner Ultimatums (Mai 1921) die gesamte Öffentlichkeit stark beschäftigte, gelangte, offenbar durch Indiskretion, ein geheimer Plan in die Zeitungen, nach dem Deutschland die Lasten aus dem Londoner Ultimatum bzw. dem Versailler Vertrag auf dem Wege zu tilgen hätte, daß es eine 20prozentige Zwangsbeteiligung an seiner Industrie eine 20prozentige Zwangshypothek am Hausbesitz und eine ebensolche auf dem ländlichen Grundbesitz durchführen sollte. Mit anderen Worten, Deutschland sollte von jedem Arbeitsertrag 1/5 abführen, da 4/5 seiner Arbeitsleistung zur Bestreitung seines Sklavendaseins genügen würden.

Noch ist dieser Plan, der seinerzeit schleunigst wieder in der Versenkung verschwand, unausgeführt. Daß wir aber auf dem Wege zu seiner Ausführung sind, geht daraus hervor, daß die immer wiederkehrende Forderung derjenigen Gruppen, die als Sprecher für die Wünsche der Weltfinanz anzusehen sind. Diese ist: Erfassung der Sachwerte zum Zwecke der Erfüllung, Garantie der Industrie für eine etwa zu gewährende Anleihe. Hierin sind die beiden großen Erfassungen des Volksvermögens und der Volksarbeit begriffen. Und daß der Plan nicht aufgegeben ist, erhellt aus einer Nachricht, die kürzlich als Signalwimpel in den Zeitungen aufgezogen wurde, daß nämlich eine Aktion der amerikanischen Regierung zugunsten Deutschlands nicht in Betracht komme, daß jedoch eine Anfrage an Privatbankfirmen zum Ziel führen könnte. Das Leihkapital hat seinen Plan noch nicht aufgegeben, und es schläft nicht ein, auch wenn viele Monate vergehen, bis es die Lage für seine Ziele reif gemacht hat. Wohl aber schlafen in Deutschland die Maßgebenden und die Nichtmaßgebenden und vergessen immer wieder, welch fürchterlichen, zielbewußten und kalt rechnenden Feind sie sich gegenüber haben.

Man beachte nun, daß die öffentliche Meinung in England und Amerika darauf eingestellt ist, die Besetzung des Ruhrgebietes zwar für eine abwegige Maßnahme, aber doch für „moralisch berechtigt“ zu halten. Dies bereitet eine Aktion vor, die Deutschland eine scheinbare Entlastung vom Drucke Frankreichs verschafft, aber ihm gleichzeitig schwerste Erfüllungslasten von neuem auflegt. Auch aus der Haltung der Reichsregierung geht dies hervor, die ja den Versailler Vertrag nur so lange für aufgehoben ansieht, als die Besetzung dauert. Also wird die Politik des Weltkapitals darauf hinauslaufen, Deutschland dadurch für ewig in seinem Tribut zu bekommen, daß ihm eine scheinbare politische Erleichterung im Austausch gegen die Übernahme finanzieller Verpflichtungen gewährt wird.

Bernhard Köhler.

Paris, 6. Febr. Wie der „Matin“ aus Genf meldet, erlassen die Schweizer Bankiers große Rundschreiben und telephonische Anrufe an ihre Kunden, in denen sie vor dem Sturz des französischen Franken warnen, der sich in ganz kurzer Zeit bemerkbar machen würde.

Reichsbank und Geldentwertung

Die Reichsbank hat drei große Gebiete des Finanzwesens zu bewältigen. Sie regelt den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiet, sorgt für Erleichterung der Zahlenausgleichungen und für Nutzbarmachung des verfügbaren Kapitals. Der ersten Anforderung wird sie gerecht, indem sie die verfügbaren Zahlungsmittel durch ihre Anstalten im Reich nach Maßgabe des Bedarfs verteilt. Der Bewältigung der zweiten Aufgabe dient der Giroverkehr. Die Aktivgeschäfte der Bank, das Discont- und Lombard-Geschäft machen das Wesen des dritten Gebietes ihrer Tätigkeit aus.

Vor Ausbruch des Krieges bildete den überwiegenden Teil der Bankanlage der Handelswechsel. Lombardkredit und Schatzanweisungen traten dagegen merklich zurück. Dies änderte sich im Laufe der Kriegsjahre dergestalt, daß der Bestand an Handelswechseln von rund 650 Millionen Mark (1915) auf 220 Millionen Mark (1918) zurückging. Die Reichsbank hatte andererseits die durch Kriegsausgaben erwachsene schwebende Schuld aufzubringen und diskontierte dem Reich die kurzfristigen unverzinslichen Schatzanweisungen. Hierbei setzte das Anwachsen des Notenumlaufs ein, und die Notenausgabe ist heute das wichtigste Passivgeschäft der Reichsbank. Während des Krieges gelang es noch, die beginnende Inflation auf dem Anleiheweg zu verfestigen. Der militärische und politische Zusammenbruch als Folge innerer Zersetzungsarbeit hatte hauptsächlich infolge der durch den „Friedens“vertrag auferlegten Lasten eine riesige Steigerung der Reichsausgaben zur Folge. Infolge der Unmöglichkeit, sie auf dem Wege der Besteuerung auszutragen, griff die Reichsbank zu dem vorläufigen Deckungsmittel der schwebenden Schuld. So schwoll der in den Reichsschatzanweisungen ausgegebene Betrag bis Mitte des Jahres 1922 auf nahezu 300 Milliarden an. Der Absatz dieser zwangsläufig hereingenommenen Schatzanweisungen war auf den freien Markt angewiesen und sollte damit die um sich greifende weitere Inflation nach Möglichkeit beschränken. Doch geben selbst die offiziellen Kreise zu, daß damit eine sogenannte Rediskontierung jederzeit möglich sei und bei Knappheit des Geldmarktes die Lage außerordentlich erschweren würde. Dazu wird weiter ausgeführt, es gäbe kein anderes Mittel, um die in Zahlungsbilanz und Etat zutage tretenden Fehlbeträge auszugleichen als die Diskontierung von Schatzanweisungen bei der Reichsbank. Die Notenpresse stillzulegen, soll so lange unmöglich sein, als der Passivsaldo unserer Bilanz durch die Last des Versailler Vertrages und die im Zusammenhang mit ihm anfallenden Nebenverträge immer wieder erneuert und erhöht werde. Daß die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen nicht grundsätzlich ablehnen kann, darf ein so stürmisches Anwachsen derselben, wie es in der letzten Zeit erfolgte, nicht zur Folge haben. Schon zeigt der Reichsbankausweis von der zweiten und dritten Januarwoche 1923 unter der Einwirkung der Ruhrbesetzung eine ungeheure Kreditbeanspruchung der Reichsbank von seiten der privaten Wirtschaft und des Reiches: rapides Anschwellen der diskontierten Schatzanweisungen und der Handelswechsel. Fast eine halbe Billion wurden in der letzten Januarwoche der Reichsbank an Mitteln entzogen. Ihre Gesamtkapitalanlage rückt weit in die zweite Billion hinein. Der Banknotenumlauf steigert sich damit um rund 320 Milliarden und die

Münchener Theater-Spielplan

Prinz-Regenten-Theater.

Freitag, 9. Febr., abends 7 Uhr: Julius Cäsar.

Samstag, 10. Febr., abends 7 Uhr: Weh' dem, der lügt.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Kampl.

Montag, 12. Febr., abends 7 Uhr: Wilhelm Tell.

Dienstag, 13. Febr., abends 7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

National-Theater.

Freitag, 9. Febr., abends 7 Uhr: Violetta.

Samstag, 10. Febr., abends 7 Uhr: Der fliegende Holländer.

Sonntag, 11. Febr., abends 7 Uhr: Die Fledermaus.

Montag, 12. Febr., abends 7 Uhr: Der Waffenschmied.

Dienstag, 13. Febr., abends 7 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Residenz-Theater.

Freitag, 9. Febr., abends 7½ Uhr: Wenn der junge Wein blüht.

Samstag, 10. Febr., abends 7½ Uhr: Die Lokalbahn. — Die Medaille.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

Montag, 12. Febr., abends 8 Uhr: Hans-Sachs-Abend.

Dienstag, 13. Febr., abends 7½ U.: Dame Kobold.

Theater am Gärtnerplatz.

Freitag, 9. Febr., abends 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda.

Samstag, 10. Febr., abends 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda.

Sonntag, 11. Febr., nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda.

Münchner Schauspielhaus.

Freitag, 9. Febr., abends 7½ Uhr: Peer Gynt.

Samstag, 10. Febr., abends 7½ Uhr: Der böse Geist Lumpacivagabundus.

Sonntag, 11. Febr., nachm. ½4 U.: Die Büchse der Pandora.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Die Zarin.

Operettenbühne (Lustspielhaus).

Freitag, 9. Febr., abends 7½ Uhr: Die kleine Sünderin.

Samstag, 10. Febr., abends 7½ Uhr: Die kleine Sünderin.

Sonntag, 11. Febr., nachm. ½4 U.: Alt-Wien.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Die kleine Sünderin.

Münchener Volkstheater.

Freitag, 9. Febr., abends 7½ Uhr: Der heilige Ambrosius.

Samstag, 10. Febr., abends 7½ Uhr: Der heilige Ambrosius.

Sonntag, 11. Febr., nachm. 4 Uhr: Schwester Chrysantheme.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Die Königin der Nacht.

Sonntag, 11. Febr., nachts 10 Uhr: Die Kleine vom Varieté.

Münchener Theater (Blumensäle).

Freitag, 9. Febr., abends 7½ Uhr: Mutterschaft.

Samstag, 10. Febr., abends 7½ Uhr: Mutterschaft.

Sonntag, 11. Febr., nachm. ½4 U.: Mutterschaft.

Sonntag, 11. Febr., abends 7½ Uhr: Mutterschaft.

Kaufkraft der Reichsmark steht heute effektiv unter der polnischen Mark. Bei Betrachtung dieser Verhältnisse zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß die Zunahme des Notenumlaufes als Folge der Schatzwechselwirtschaft eine ernste Mahnung ist, mit allen Mitteln auf eine Gesundung der Verhältnisse hinzuarbeiten.

Durch die Kriegsverordnung vom 4. August 1914 ward die Reichsbank seinerzeit ermächtigt, Schatzwechsel als bankmäßige Notendeckung zu behandeln. Seit dieser Zeit vermehrt das Deutsche Reich seine schwebende Schuld von Monat zu Monat und ist auf dem besten Weg, nicht österreichische, sondern sowjet-russische Verhältnisse durch Beförderung dieser **Reichsbankpolitik** heraufzubeschwören.

Mehr als drei Billionen neue Zahlungsmittel.

Berlin, 8. Febr. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sind zur Befriedigung sämtlicher Ansprüche auf Versorgung mit Zahlungsmitteln folgende Maßnahmen getroffen: Die Tagesproduktion, die in den letzten Tagen 35 Milliarden Papiermark betrug, ist jetzt auf 45 Milliarden gesteigert. Die Einführung des 50 000 Marktyps gestattet eine weitere Steigerung um 15 Milliarden pro Tag, die in der nächsten Woche bereits bis auf 75 Milliarden Gesamttagesproduktion heraufgeführt werden soll. Es werden für die Herstellung von Zahlungsmitteln von der Reichsbank 33 Druckereien und 12 Papierfabriken in Anspruch genommen. Durch die demnächst erfolgende Herstellung von 20 000 Mark- bis 100 000 Markscheinen und vermehrte Herausgabe von 10 000 Marknoten kleineren Umfanges, die besonders für Löhnungszwecke sehr begehrt sind, wird die tägliche Leistungsfähigkeit von Ende des Monats ab auf mindestens 125 Milliarden Tagesproduktion gebracht werden können. Der Monat März dürfte also mehr als 3 Billionen Mark neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen.

Berlin, 8. Febr. Seit gestern gelangen die neuen 50 000-Markscheine zur Ausgabe.

Badische Anilinwerke und Frankreich.

Die Pariser Kammer besprach nach einer Meldung des W.T.B. am 7. Februar einen Gesetzentwurf, der die Ratifikation der mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossenen Konvention vorsah. Die in den letzten Tagen diesbezüglich bekanntgewordenen Einzelheiten verdichten sich damit zu der schwer zu leugnenden Tatsache, daß Vaterlandsliebe und kaufmännischer Vorteil zwei Dinge sind, die sich schwer vereinbaren lassen. Die Bekanntgabe der Einzelheiten des Vertrages deckt sich im übrigen überraschenderweise mit dem Emporschnellen der Kurse der Bad. Anilin. Es wird Zeit, daß die Öffentlichkeit über den endgültigen Ausgang dieses Geschäftes so unterrichtet werde, wie sie es zu fordern das Recht hat.

Wirtschaftsrundschau

Hof, 7. Febr. (Wirtschaftsbericht der oberfränkischen Handelskammer.) Die Handelskammer von Oberfranken stellt in ihrem Januarbericht eine starke Verminderung der Beschäftigung fest, die besonders in der Textilindustrie hervortritt. In der Baumwollspinnerei haben die Betriebseinschränkungen fast fünfzig Prozent erreicht, einzelne große Betriebe arbeiten nur 25 bis 27 Stunden in der Woche. Die Porzellanfabrikation, die Granitindustrie leiden unter geringem Geschäft, bei der Korbindustrie werden die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der nötigen Rohmaterialien immer stärker. In der Schuhindustrie mußten die Betriebe teilweise bis zu 50 Prozent eingeschränkt werden. Äußerst flau gestaltete sich der Geschäftsgang in der Brauerei- und Mälzereiindustrie.

Berlin, 6. Febr. (Berichtigte Wiederholung!) Der Aufsichtsrat der Deutschen-Eisenhandel-A.-G. beschloß in seiner heutigen Sitzung, der auf den 7. März anzuberaumenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 75 Prozent vorzuschlagen. Des ferneren wurde beschlossen, das Kapital der Gesellschaft um 200 Millionen Mark Stammaktien zu erhöhen. Hiervon sollen 100 Millionen Mark mit 25prozentiger Einzahlung lediglich **als Schutzaktien gegen Überfremdung** dienen. Von den zu verteilenden 100 Millionen sollen 50 Millionen den alten Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zum Bezug angeboten werden und die restlichen 50 Millionen zur Verfügung der Verwaltung verbleiben. Der Bezugspreis für die den Aktionären anzubietenden Aktien soll in einer noch unmittelbar vor der Generalversammlung stattfindenden Aufsichtsratssitzung festgesetzt werden.

Hagen, 7. Febr. Der gemeinschaftliche Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes erhöhte in der heutigen Sitzung die Thomasgrundpreise für sämtliche Richtpreiserzeugnisse um 34,3%, ferner den Preis für Siemens-Martin-Handelsgüte von 100 000 M. für Stabeisen auf 200 000 M. und für die übrigen Richtpreiserzeugnisse entsprechend höher. Die Erhöhung war hauptsächlich infolge der fortschreitenden Markentwertung und der dadurch hervorgerufenen Verteuerung der Herstellungskosten erforderlich. Ab 7. Februar gelten danach folgende Richtpreise (Werksgrundpreis für 1000 kg mit den bekannten Frachtgrundlagen): Für Thomas-Handelsgüte: Rohblöcke 837 000, Vorblöcke 937 000, Knüppel 988 000, Platinen 1 017 000, Formeisen 1 144 000, Stabeisen 1 155 000, Universaleisen 1 250 000, Bandeisen 1 386 000, Walzdraht 1 234 000, Grobbleche, 5 mm und darüber, 1 305 000, Mittelbleche, 3 mm bis unter 5 mm, 1 465 000, Feinbleche, 1 mm bis unter 3 mm, 1 659 000, Feinbleche unter 1 mm 1 801 000 M.; für Siemens-Martin-Handelsgüte: Rohblöcke 909 000, Vorblöcke 1 113 000, Knüppel 1 182 000, Platinen 1 217 000, Formeisen 1 340 000, Stabeisen 1 355 000, Universaleisen 1 468 000, Bandeisen 1 604 000, Walzdraht 1 448 000, Grobbleche, 5 mm und darüber, 1 535 000, Mittelbleche, 3 mm bis unter 5 mm, 1 708 000, Feinbleche, 1 mm bis unter 3 mm, 1 907 000, Feinbleche unter 1 mm 2 017 000 M.

Warenmarkt

Berlin, 8. Febr. (Metallkurse.) Raffinadekupfer [illegible]; Originalhüttenweichblei 4200—4300; Hüttenrohzink im freien Verkehr 5400—5800; Originalhüttenrohzink 6515.93; Plattenzink 4100—4300; Originalhüttenaluminium 13 873; Hüttenaluminium in Walzen 13 898— Bankazinn 28 800 bis 29 200; Hüttenzinn 28 300—28 700; Reinnickel 18 800—19 200; Antimon 3400—3600; Silber 690—700; Elektrolytkupfer 11 759.

Berlin, 8. Febr. (Produktenbericht.) Der weitere Rückgang der Devisenpreise hatte auch heute einen nennenswerten Einfluß auf die Preisgestaltung am Getreidemarkt. Das Angebot hat sich noch nicht verstärkt, und die Kauflust ist ziemlich groß, wobei allerdings gewünscht wird, unter den gestrigen Notizen anzukommen. Dies war aber nur vereinzelt möglich, und durchschnittlich haben sich daher die gestrigen Notierungen behauptet. Für Weizen blieben die Mühlen weiter Käufer, und für Roggen fand vorhandenes kleines Angebot rasch Unterkommen. Gerste und Hafer wurden für Industriezwecke gesucht. Hülsenfrüchte und Futterstoffe waren im Preise behauptet. Nach Kartoffelflocken bestand viel Nachfrage.

Berlin, 8. Febr. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, märkischer, 68 000—69 000. — Roggen, märkischer, 60 500—61 000. — Gerste, Sommergerste, märkische, 58 000 bis 59 000. — Hafer, märk., 50 000 bis 52 000. — Mais, La Plata ohne Provenienzangabe loko Berlin, 70 000, waggonfrei Hamburg, 70 000. — Weizenkleie 37 000—38 000. — Roggenmehl 165 000—180 000. — Weizenkleie 37 000—180 000. — Roggenkleie 38 000—39 500. — Raps 105 000—110 000. — Viktoriaerbsen 85 000—95 000. — Kleine Speiseerbsen 70 000—80 000. — Futtererbsen 50 000 bis 60 000. — Peluschken 100 000 bis 135 000. — Ackerbohnen 70 000 bis 75 000. — Wicken 110 000—140 000. — Blaue Lupinen 45 000—60 000. — Gelbe Lupinen 90 000—110 000. — Seradella 150 000—180 000. — Rapskuchen 48 000—49 000. — Leinkuchen —. — Trockenschnitzel prompt 22 000 bis 25 000. — Zuckerschnitzel 30 000 bis 32 000. — Torfmelasse 13 000—14 000.

(Nichtamtliche Rauhfutternotierungen.) Weizen- u. Roggenstroh, drahtgepreßt, 18 000—18 500. — Haferstroh —. — Gebündeltes Roggenlangstroh 17 000—18 000. — Heu, gutes, 18 000—18 500. — Heu, handelsüblich, 17 000—17 500.

Börsen

Berlin, 7. Februar. (Amtliche Schwankungskurse.) Kriegsanleihe 103,— 100,— 100,—. Schantung 23 000,— —,— 19 000,—. Hamburg. Packetf. 90—91 000,— 90 000,— 85 250,—. Hamb.-Südamer. 261 000,— 270 000,— 265 000. Hansa 73 000,— 70 000,— 62 500,—. Nordd. Lloyd 55 000,— 57 500,— 54 500,—. Bochumer Gußstahl 85 000,— 91 000,— 93 000,—. Deutsch-Luxemb. 86 500,— 90 000,— 91 500,—. Gelsenkirchener Bergwerk 86 500,— 93 000,— 97 750,—. Harp. 197 500,— 225 000,— 218 000,—. Hohenl. 56 000,— 56 000,— 50 000,—. Laurah. 72 000,— 67 000,— 61 200,—. Phönix 86 250,— 93 000,— 97 000,—. Rhein. Stahlw. 78 750,— 84 000,— 88 000,—. Rombacher 38 500,— —,— 37 100,—. Deutsche Kaliw. 76 000,— 90 000,— 88 000,—. Badische Anilin 56 000,— 67 000,— 68 500,—. Elberfelder Farben 53 000,— 58 000,— 59 500,—. Höchster Farb. —,— —,— 53 000,—. Allgem. Elektr.G. 29 500,— —,— 33 250,—. Schuckert 59 500,— 57 500,—. Siemens & Halske 81 000,— 90 000,—. Adlerwerke 27 000,— —,— 30 500,—. Daimler 22 000,— —,— 23 000,— Deutsche Waffen 145 000,— 130 000,— 133 000,—. Hirsch Kupfer 57 500,— —,— 57 200,—. Rhein. Metallwaren 40 300,— —,— 40 500,—.

München, 8. Febr. Bei ruhiger Tendenz notierten Anfangsdevisen (10 Uhr): Holland 14 650, Kopenhagen 6900, Italien 1775, London 172 000, Neuyork 37 000, Paris 2280, Schweiz 6900, Prag 1000.

Berlin, 8. Febr. Im heutigen vorbörslichen Devisenverkehr wurden bei unveränderter Tendenz folgende Kurse notiert: Holland 14 700, England 173 000, Amerika 36 750, Paris 2330, Brüssel 2050, Schweiz 6940, Italien 1780, Norwegen 6870, Dänemark 7020, Schweden 9725, Spanien 5765, Wien 52,95, Prag 1100.

Wien, 8. Febr. (Börsenbericht.) Die Stimmung an der heutigen Börse hat infolge der Erleichterung des Geldstandes, welche zu spekulativen Rückkäufen und Deckungen anregte, eine Besserung erfahren, doch blieb das Geschäft wieder eng begrenzt und erreichte auch in Südbahnprioritäten auf Grund der Meldung aus Rom, daß die Obligationen in Goldfranken erstellt werden sollen, eine größere Ausdehnung. Im weiteren Verlaufe wurden auch Staatsbahn- und Südbahnaktien sowie die leitenden Industriepapiere und ungarischen Werte, die auf Budapester Rechnung gefragt waren, in die Aufwärtsbewegung hineingezogen. Der Schluß erfolgte unter dem Einfluß von Gewinnrealisationen in teilweise abgeschwächter Haltung.

Berlin, 8. Febr. (Devisenbericht.) Am Devisenmarkt setzte sich bei zunehmendem Angebot die Senkung der Preise fort, so daß die Auszahlung Neuyork von 37 000 bis zur amtlichen Notierung auf 33 500 zurückging, später aber wieder etwas höher mit ungefähr 34 000 genannt wurde. Auch für Effekten hörte man im Freiverkehr zumeist etwas niedrigere Kurse nennen. Doch erhielt sich für einzelne Spezialitäten, besonders für Kaliwerte, bei erhöhten Kursen Kaufinteresse.

Berlin, den 8. Februar 1923. Devisen-Kurse.

	8. 2. Geld	8. 2. Brief
Amsterd.-Rotterd. . 100 Fl.	13454,[illegible]	[illegible]
Buenos Aires . . 1 Pes.	12434,[illegible]	[illegible]
Brüssel-Antwerp. 100 Frcs.	1796,[illegible]	[illegible]
Christiania . . . 100 Kr.	6184,50	6215,50
Kopenhagen . . 100 Kr.	6184,50	6215,50
Stockholm . . . 100 Kr.	8827,87	8872,13
Helsingfors 100 finn. Mk.	880,31	884,69
Italien . . . . . 100 Lire	1586,—	1594,—
London 1 Pfund Sterling	158103,75	158896,25
New York . . 1 Dollar	33416,25	33583,75
Paris . . . . . 100 Frcs.	2044,[illegible]	[illegible],11
Schweiz . . . . 100 Frcs.	6274,27	6305,73
Spanien . . . . . 100 Pes.	[illegible]	[illegible]
Japan . . . . . . 1 Yen	16660,25	[illegible]
Rio de Janeiro . 1 Milreis	[illegible]	[illegible]
Wien . . . . . . 100 Kr.	48,12	48,38
Prag . . . . . . 100 Kr.	995,—	1000,—
Budapest . . . . . 100 Kr.	12,61	12,74
Sofia . . . . . 100 Leva	200,29	201,71
Agram . . . . . 1 Dinar	315,21	316,79

Berlin, den 8. Februar 1923. Sorten.

	Geld	Brief
Amerikanische Noten . . .	33416,25	33583,75
Belgische " . . .	1805,15	1815,35
Englische " . . .	156104,75	156891,25
Französische " . . .	2019,90	2030,10
Italienische " . . .	1586,—	1594,—
Rumänische " . . .	156,60	157,40
Schweizer " . . .	6284,25	6315,75
Türkische " . . .	—	—
Tschechische " . . .	992,50	997,50
Österr. alte " . . .	—	—
" abgest. " . . .	47,35	47,65
" neue 1000er . . .	—	—
Polnische " . . .	93,—	—
Ungarische " . . .	9,57	9,63
Holländische " . . .	13316,60	13383,40

Briefkasten

Linzenkircher, Schw.: M. 8000,— erhalten, davon M. 1400,— als Nachzahlung für Februar und M. 1600,— als Spende für St.-A. verwendet. Herzlichen Dank und deutschen Gruß!

J., Aussee. M. 2000,— dankend erhalten. Ihr Konto bis 31. März ausgeglichen.

Cz. Obergraupen: Kc. 20,— erhalten. Davon Kc. 18,— für I. Quartal; Kc. 2,— als Spende. Herzlichen Dank dafür!

F. Gr. Wien IV: Ko. 15 000,— dankend erhalten. Ihr Konto per 31. März ausgeglichen.

Pr. Gablonz. Kc 7,— erhalten, davon Kc 6,— als Bez.-Geb. Febr. und Kc 1,— als Spende verwendet; herzl. Dank und deutschen Gruß!

„Fritz“: Kc 12,— für Jan. und Febr.-Bez.-Geb. dankend erhalten.

Poss. Bürgle Kc 20,— Bez.-Geb. Febr. dankend erhalten.

Verantwortlich: für Politik: Dietrich Eckart; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Joseph Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; für den Anzeigenteil: Joseph Huber. — Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Unser Kampfblatt
„Deutscher Volkswille“
Nürnberg
erscheint jetzt 2 mal wöchentlich, Dienstag und Freitag.
Verbreitet über ganz Großdeutschland, verfügt das Blatt über einen ständig an Umfang und Wirksamkeit wachsenden Anzeigenteil.
Bezug gegen Voreinzahlung bei der Geschäftsstelle, Äußerer Laufer Platz 6/II.
Februarpreis M. 405,—

Zeichen der Zeit

Wie es heißt, soll ausgerechnet Monsieur Severing Kommissar für das Ruhrgebiet werden. Derselbe Mann, der alles Nationaldeutsche verfolgt, an der Spitze der nationalen Einheitsfront. Du läßt dich gar zu arg verhöhnen, deutsches Volk!

•

Die „Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands“ hatte gegen uns einen großen Aufruf erlassen, der folgende Stilblüten aufweist: „Schlagt die Abenteurer nieder! Werft die Banditen aus allen Zügen! Bildet Arbeiterwehren! Erzwingt die Arbeiterregierung zur Niederwerfung der landesverräterischen Putschisten! Schlagt ihr nicht die Putschisten nieder, so schlagen sie euch nieder.“ („Gothaer Volksblatt“, Nr. 24.)

Das „Gesetz“ zum Schutz der Republik findet hier keine Anwendung. Die deutschfeindlichen Führer der Weltrevolution unterm Schutz der nationalen Einheitsfront.

•

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ vom 31. Januar leistete sich folgenden Herzenserguß: „Daß die österreichische Kronennote etwas stärker fiel als die Devise, hat seinen Grund darin, daß erwiesenermaßen die Schmuggler in den letzten Tagen an der Schweizer Grenze lebhafter tätig waren. Die Schweizer Bankiers wollten die Noten möglichst billig erwerben und drückten den Kurs sehr.“

Bankiers und Schmugglerbanditen in einem Atem. Vorsicht, Vorsicht! Allzu große Offenherzigkeit könnte doch einmal gefährlich werden...

•

gleichzeitig die polnischen Sympathien mit Frankreich hervor und äußerte den Wunsch, den Frieden erhalten zu sehen. Hinsichtlich der litauischen Drohungen sagte er, man versuche, Polen zu provozieren. Dieses werde so lange als nur möglich die Ruhe bewahren, nötigenfalls aber nicht zögern, seine Rechte zu verteidigen. — Das ist deutlich.

Wie weit die politische Verblödung im deutschen Volk schon gediehen ist, das zeigt u. a. folgender Erguß der „nationalen“ „Dresdner Nachrichten“:

„Wenn Sie (die Nationalsozialisten) die innere Festigkeit dieser Einheitsfront in Zweifel ziehen zu sollen glauben, so kann das nur ein Grund mehr sein, um die Notwendigkeit der äußersten Schonung und Pflege dieser Front um so nachdrücklicher zu unterstreichen. Keine Partei, und möge sie auch noch so sehr von vaterländischen Beweggründen geleitet sein, kann unter den heutigen bedrohlichen auswärtigen Verhältnissen einer Beurteilung ihres Verhaltens entgehen, wenn sie etwas tut, was die nach unendlichen Mühen glücklich erreichte Einheitsfront zu erschüttern oder zu gefährden geeignet ist.“

Glücklich erreicht haben es zuchthaus- und strickreife Halunken, daß „anständige Menschen sie sich zu Tische laden. Wohl bekomms...

•

Mit lüsternem Augenzwinkern berichtet der Hebräer Schiffer aus dem Sowjetparadies („Berliner Tageblatt“ Nr. 64): „Für alle Fälle wird die Armee in einen Zustand erhöhter Bereitschaft versetzt. Wer die Intensität aus der Nähe (der Börsenjude beim Sowjetjuden!!) beobachtet hat, mit der

•

Wie dem Londoner J. C. B. seitens des englischen Kolonialministeriums mitgeteilt wird, sind im Laufe des Monats Dezember 1922 614 jüdische Emigranten in Palästina eingetroffen. Die allgemeine Zahl der jüdischen Emigranten im Laufe des Jahres 1922 beträgt 7844 Personen, nämlich 3285 Männer, 2446 Frauen und 2113 Kinder.

Es lockt die Juden nicht in ihre „Heimat“, sie kommen zu Zehntausenden nach Neujerusalem, Berlin, oder fahren in die Hauptstadt der Weltbörse, Neuyork. Dort ist schon heute das größte Ghetto aller Zeiten: über 2 Millionen Juden leben in der Stadt der Freiheit.

Eine völkische Provinzzeitung
für die Oberpfalz ist das
„Amberger Tagblatt“
dessen Unterstützung durch Abonnement und Inserat jedem Deutschen am Herzen gelegen sein sollte. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Erscheint 6 mal wöchentlich. Beilagen: Amtsblatt, Wochenblatt, Feierstunden. Erstklassige Orientierung auf völkischem Gebiet und hervorragende Mitarbeiter zeichnen das „Amberger Tagblatt“ aus.

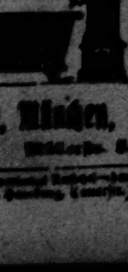
Gold-Ankauf
Überbiete jedes Angebot
Adalbert HAESNER
Fraunhoferstr. 19a/0

Hermetisator
Das beste Einkochverfahren
2 D.R.P.
14 Auslandspatente
Prospekte und praktische Vorführung kostenlos.
Walter Haensch München
Helmtrudenstr. 3
Generalvertrieb für Süddeutschland
Fernruf 33709
Postscheckkonto 23571

Sind Ihre Augen kurz- oder weitsichtig, dann gehen Sie zu
Rodenstock
Bayerstr. 3 od. Perusastr. 1
dort erhalten Sie die besten, genau passenden Augengläser zu billigst. Preisen.

Mädchen
das etwas nähen und kochen kann, bei den Eltern schläft, für kleinen Haushalt gesucht. Guter Lohn, gute Behandlung. Vorzustellen Glückstraße 12, part., vorm. 10—12 Uhr.

FELLE!
werden zu den höchsten Tagespreisen gekauft, sowie zum Gerben, Färben und zur Bearbeitung angenommen.
Klenzestraße 14/0 im Hof

Pelz-Verkauf Neuanfertigung Umarbeitung
K. Müller, Kürschnermstr.
Rumfordstraße 9
Telephon 27574

Bade-Öfen
Wannen
Waschbecken
Klosets samt Zubehör.
Gebrüder Euler, München,
Telefon 57329